DEMO-ONLINE.DE

68. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

03/04 **2016**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

KOMMUNEN IM WANDEL

Stadtleben oder Landluft?

Kreative Lösungen für demografische Herausforderungen

FOTO: PICTURE-ALLIANCE / HELGA LADE FO

Vereinbaren Sie als öffentlicher Auftraggeber eine kostenfreie Investitionsberatung für Ihr Projekt

+49 30 257679 -0

www.partnerschaften-deutschland.de/ib

Sie planen Investitionen in Infrastruktur- oder IT-Projekte?

Wir machen Sie fit für Ihre Ziele.

Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen bieten wir allen öffentlichen Auftraggebern eine **kostenfreie Beratung** zu geplanten Investitionsvorhaben sowie zu allgemeinen Fragen im Vorfeld eines Projektes an und prüfen mit ihnen gemeinsam, ob eine **Öffentlich-Private Partnerschaft** eine wirtschaftliche Realisierungsvariante ist.

Kompetent. Kostenfrei. Kurzfristig.

Partnerschaften Deutschland
ÖPP Deutschland AG

INHALT

Liebe Leserin, lieber Leser,

wo lebt es sich besser: in der Großstadt oder auf dem Land? Die Frage ist nicht eindeutig zu beantworten, denn es kommt immer auf die Bedürfnisse des Einzelnen an. Manche mögen es überschaubarer in ländlichen Regionen, andere bevorzugen den Stress und Trubel der Großstadt.

Aufgabe der Kommunen ist es, für möglichst gleichwertige Lebenschancen aller zu sorgen. Und das heißt, ungünstigen Entwicklungen gegenzusteuern, wie zum Beispiel Leerständen von Wohnungen und Geschäften oder einer immer schlechter werdenden Infrastruktur.

Wir zeigen in diesem Heft, dass es für vieles kreative Lösungen gibt. Der Mut zu ungewöhnlichen Schritten und neuen Ideen hilft oft, die Lage zu verbessern. Beste Beispiele dafür sind das kleine Westerwaldstädtchen Hachenburg, dessen Innenstadt vor einigen Jahren zu veröden drohte und nun dank der Kreativität seines Bürgermeisters mit einem sehr attraktiven Stadtkern aufwarten kann. Oder Karlsruhe, wo der Bürgermeister den Mut hat, den Eigentümern von leer stehenden Wohnungen zuzumuten, Bedürftige – egal ob Einheimische oder Zuwanderer – dort einziehen zu lassen. Davon profitieren die Vermieter und die Stadt.

Gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen zeigt sich auch, dass Zuwanderung Gewinn sein kann, nicht nur Belastung. Denn mit mehr Kindern gibt es wieder hinreichend Bedarf für die von der Schließung bedrohte Kita oder Schule. Von dem Mehr an Steuern und Abgaben, die dank der neuen Mitbürger und Mitbürgerinnen auf mittlere Sicht in die Stadtkassen fließen, ganz zu schweigen.

All das trägt dazu bei, dass die zu Recht angestrebte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse realisiert werden kann. Wenn die Kommunen es aber allein nicht schaffen, müssen sie von Land und Bund unterstützt werden. Denn gleichwertige Lebenschancen dürfen nicht vom Ortsschild abhängen.

Karin Nink, Chefredakteurin

Fotos: Dirk Bleicker, Harald Lachmann, CAN STOCK PHOTO INC. / DIEGO_CERVO, STADT KREFELD

Titel

Kommunen im Wandel – Stadtluft oder Landleben?

4 **Den Markt für bezahlbare Mietwohnungen erhalten** | Interview mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller
6 **Leuchttürme werfen große Schatten im Osten** | Neue Studie zu Wanderungsbewegungen
8 **Das große Bauen** | Wohnraumprobleme im Berlin der 1920er Jahre
9 **Bauern in der Stadt** | Landwirtschaftliche Flächen in Hamburg werden knapper
10 **„Kleinere Schritte, die doch Größeres bewirken"** | Demografie-Modellprojekt Werra-Meißner-Kreis
11 **Weniger Leerstand, mehr Wohnraum** | Wohnraumakquise durch Kooperation in der Stadt-Karlsruhe
12 **Dahliengarten und Babyboom** | Wie Legden sich gegen den demografischen Trend stemmt
13 **Der nächste Landarzt, bitte!** | Finanzielle Anreize allein locken den Nachwuchs nicht in die Provinz
14 **Ende der Breitband-Diät** | Eine Genossenschaft will in Hagen schnelles Internet
15 **Sorge um Mitgliederschwund** | Freiwillige Feuerwehr sucht Nachwuchs
16 **Dem Leerstand getrotzt** | Wie Hachenburg kreatives Ladenmanagement betreibt

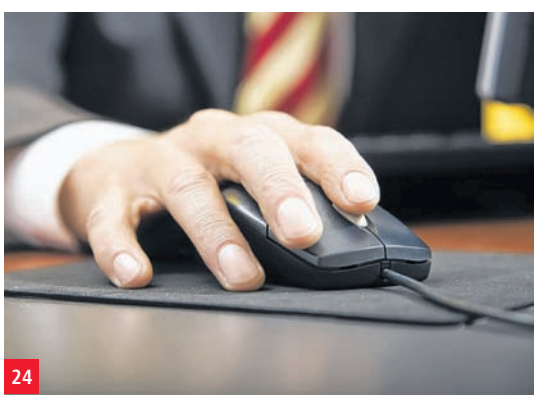
4

6

Report

E-Government und moderne Verwaltung

20 **E-Government-Nutzung kommt nicht voran** | Umfrage: Viele Bürger sind mit Angeboten unzufrieden
22 **„Wir brauchen Mut für den Wandel"** | Gespräch mit Saskia Esken und Dirk Arendt
24 **Expertise von außen nutzen** | Können Kooperationen das Thema E-Government voranbringen?
25 **Open Data in Krefeld** | Die Stadt veröffentlicht seit Januar Datensätze zur allgemeinen Verfügung
26 **Vergaberechtsreform 2016** | Ein Überblick über die wichtigsten Neuerungen
27 **Wo Behörden jetzt noch Mitarbeiter herbekommen** | Viele Städte wachsen rasant – es fehlt an Personal
28 **Unkoordiniert und fast ohne IT** | Die Möglichkeiten von Digitalisierung werden oft nicht genutzt



24

25

17 **SPD-Bundestagsfraktion** | Was brauchen die Menschen vor Ort?
18 **News** | Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen sichern
29 **Bücher** | **Termine**
30 **Das Letzte** | **Vorschau** | **Impressum**

Den Markt für bezahlbare Mietwohnungen erhalten

In der Metropole Berlin wird es eng. Steigende Mieten und Wohnungspreise sind die Folge. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller setzt unter anderem auf erhebliche Neubauprogramme, um die Entwicklung zu bremsen. Berlin hat auch einen Sonderfonds für die „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ aufgelegt

Interview Karin Billanitsch und Karin Nink

Stadtleben und Landluft

Herr Müller, Berlin steuert bis 2020/2025 auf die Vier-Millionen-Einwohner-Marke zu. Die wachsende Stadt ist in den Fokus der Berliner SPD gerückt. „Gut leben in der wachsenden Stadt“ ist auch Thema des Wahlkampfes für die Wahl im September. Ein wichtiges Anliegen ist bezahlbarer Wohnraum. Wie kann die Landesregierung das Thema Mietkosten in den Griff bekommen, wenn die Nachfrage nach Wohnraum unaufhaltsam steigt?

Wir greifen regulierend und dämpfend ein, aber wir werden den Trend nicht komplett umkehren können. Es ist so: Berlin wird voller, enger, und damit steigen die Nachfrage und die Preise. Aber wir können durch Regulierungsinstrumente wie Mietpreisbremse, Zweckentfremdungsverbot, Milieuschutzsatzungen und vor allen Dingen durch erhebliche Neubauprogramme, die wir zusätzlich finanzieren, gegensteuern und die Entwicklung verlangsamen.

Das greift schon die nächste Frage auf: Mit welchen Anreizen wollen Sie erreichen, dass mehr günstige und gute Mietwohnungen gebaut werden?

Im ersten Schritt nutzen wir unsere sechs Wohnungsbaugesellschaften in Berlin wieder als aktives Element unserer Wohnungsbaupolitik – nicht nur in der Bestandspflege, sondern wieder durch massiven Wohnungsneubau. Die Gesellschaften haben schon erhebliche Bauprojekte umgesetzt und haben noch Zehntausende neue Wohnungen in der Planung. Der Bestand an Wohnungen wird auch durch Zukäufe erhöht. Wir sind gestartet mit 270.000 Wohnungen in dieser Legislatur und werden am Ende der Legislatur 300.000 haben, in den nächsten Jahren werden wir auf 400.000 Wohnungen erhöhen. So erreichen wir auch ein Gegengewicht zum privaten Wohnungsbau. Zweitens gehört dazu, dass wir den geförderten Wohnungsbau finanzieren, um Miethöhen durch staatliche Zuschüsse zu begrenzen. Drittens verpflichten wir auch private Immobilieninvestoren, dass sie, wenn sie Baurecht für teure Wohnungen erhalten, auch ihren Teil zu bezahlbarem Wohnraum leisten müssen.

Kann man festmachen, wie viel für die 400.000 Wohnungen investiert werden muss?

Eine verlässliche Gesamtsumme ist heute schwer zu benennen. Die stark steigenden Grundstückspreise oder die schwer vorhersehbare Baukostenentwicklung erlauben derzeit keine seriöse Kalkulation, höchstens Schätzungen. Wir rechnen damit, dass unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften für ihre jährlich zu bauenden 6000 Wohnungen bis zu einer Milliarde Euro aufwenden müssen. Dazu kommt das, was wir für den Zukauf von Wohnungen in den städtischen Bestand aufbringen müssen.

Wird die bunte Mischung in den Kiezen, wie man in Berlin sagt, erhalten bleiben? Wir sehen ja jetzt in manchen Vierteln, alles Neue ist schick und schön – aber wie sieht es in fünf Jahren aus?

Wir haben ja die wichtige Voraussetzung, dass immer noch über 80 Prozent der Berliner Wohnungen Mietwohnungen sind. Das sorgt schon mal dafür, dass auch Leute mit normalem Einkommen die Chance auf eine Wohnung im Zentrum haben, ohne 400.00 oder 500.000 Euro auf den Tisch legen zu müssen. Es ist wichtig, den Mietwohnungsmarkt zu erhalten und zu stützen. Dabei hilft die eben schon angesproche-

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOTHEK.NET

Immer noch sind über 80 Prozent der Berliner Wohnungen Mietwohnungen.

ZUR PERSON

Michael Müller ist seit Dezember 2014 im Amt als Regierender Bürgermeister von Berlin. Der im Jahr 1964 in West-Berlin geborene Politiker ist seit 1981 Mitglied in der SPD. Nach der mittleren Reife und dem Abschluss der Fachoberschule hat er eine kaufmännische Lehre abgeschlossen. Danach war er als selbstständiger Drucker im Familienbetrieb in Tempelhof tätig. Müller ist verheiratet und hat zwei Kinder.
Während seiner politischen Laufbahn bekleidete er seit dem Jahr 1991 verschiedene Ämter. 1989 bis 1996 saß er in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof, zuletzt als Fraktionsvorsitzender, zuvor war er Bürgerdeputierter in Tempelhof. 2011 bis 2014 war er Bürgermeister von Berlin und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt. Zuvor hatte er das Amt des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin inne. *(KB)*

Es ist ein positives Zeugnis für eine Stadt, wenn so viele Menschen kommen, findet der Regierende Bürgermeister Michael Müller.

ne Mischung unterschiedlicher Akteure: private, landeseigene Gesellschaften und Genossenschaften, sowie geförderter Wohnungsbau. Wir haben in Berlin auch das schnelle Umwandeln von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert. Und es kommt uns auch der vom Bund geförderte Wohnungsbau zugute.

An dieser Stelle möchte ich aber auch meine Kritik an der geplanten Bundesförderung nicht verschweigen: Mit dem Programm, das das Bundeskabinett vorgelegt hat, wird eher der hochpreisige Wohnungsbau unterstützt. Wohnungen mit einem Zuschuss zu fördern, die bis 3000 Euro pro Quadratmeter kosten, führt in die falsche Richtung. Da landet man bei Mieten von bis zu 20 Euro auf den Quadratmeter, das ist keine bezahlbare Miete. Stattdessen hätte man jene bezuschussen müssen, die für 1800 Euro pro Quadratmeter bauen. Denn niedrige Baukosten bedeuten niedrige Miete. In dieser Frage bin ich auch mit anderen Ministerpräsidenten und der Bundesregierung im Gespräch.

Wenn man die Gesamtprognose betrachtet – vier Millionen Menschen – mit wie viel Köpfen pro Jahr rechnet das Land?

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren 40.000 Einwohner pro Jahr zusätzlich bekommen. In den nächsten fünf Jahren werden wir eine besondere Dynamik in der Zuwanderung bekommen: Viele von den 250.000, 300.000, die wir in Berlin erwarten, kommen in den nächsten fünf, sechs Jahren und dann wird es sich voraussichtlich wieder etwas verlangsamen. Natürlich gibt es unkalkulierbare Faktoren, es ist eben nur eine Prognose. Aber wir gehen davon aus, dass wir ganz besonders viel tun müssen in den kommenden Jahren.

Pro Jahr eine Kleinstadt zusätzlich ...

Ja, aber ich freue mich über diese Entwicklung, es ist ein positives Zeugnis für eine Stadt, wenn so viele kommen und nicht 40.000 Menschen gehen. Das eigentlich wichtige Thema ist übrigens nicht allein das Wohnungsthema. Sondern zum guten Wohnen gehören begleitende Infrastruktur, das entsprechende Bildungsangebot, die Krankenhäuser, die Grünflächen. Dass man auch mal etwas nicht bebaut, weil man den Park braucht. Radwegeausbau. Zusätzliche Recycling- und Abfallsysteme. Es hört sich banal an, aber wir müssen jedes Jahr eine komplette Stadtstruktur zusätzlich planen und erweitern.

Berlin hat das Sondervermögen „Infrastruktur der Wachsenden Stadt" gebildet, in das fast 500 Millionen Euro geflossen sind. Das Vermögen ist vom übrigen Vermögen und dem normalen Haushaltsplan des Landes Berlin getrennt. Wofür ist das Geld gedacht?

Das Konstrukt ist, dass 50 Prozent unseres Haushaltsüberschusses in Schuldentilgung gehen und 50 Prozent in den Investitionstopf fließen. Im Jahr 2016 werden wir weitere 193 Millionen Euro zusätzlich in die Infrastruktur investieren. Der Senat macht einen Vorschlag für die Verwendung, das Parlament prüft, ergänzt gegebenenfalls unseren Vorschlag und gibt dann die Gelder frei. Der Zweck ist, dass wir zu unseren 1,5 Milliarden Investitionsausgaben pro Jahr, die ohnehin im Haushalt sind, weitere und spürbare finanzielle Spielräume zuführen. Denn: Durch die harten Sparjahre in Berlin, wo wir erstmal runterkommen mussten von unseren hohen Schulden, ist viel liegengeblieben. Man sieht es an den Straßen, an der öffentlichen Verwaltung, an den Schulen. Man sieht es daran, dass Personal über die Maßen eingespart wurde. Diesen Rückstand holen wir mit den zusätzlichen Investitionsmitteln auf. Das Geld ist wirklich für zusätzliche Investitionen in Baumaßnahmen oder Personal bestimmt, nicht für den laufenden Betrieb.

„Mit dem Programm, das das Bundeskabinett vorgelegt hat, wird eher der hochpreisige Wohnungsbau unterstützt.

Michael Müller

Die Langfassung des Interviews mit Michael Müller finden Sie unter: www.demo-online.de

FOTO: DIRK BLEICKER

Leuchttürme werfen große Schatten im Osten

Nach einer neuen Studie scheint die Abwanderung aus dem Osten gestoppt. Doch was für den Großraum Berlin und für größere Städte wie Leipzig, Dresden, Jena, Erfurt und Potsdam zutrifft, gilt nicht für große Teile des ländlichen Raums

Autor Harald Lachmann

Es scheint fast nicht mehr vorstellbar, dass den Osten der Republik bis 1989 eine deutlich dynamischere Demografie auszeichnete und die Bevölkerung im Schnitt zwei Jahre jünger war als die der alten Bundesrepublik. Denn zu sehr prägten im vergangenen Vierteljahrhundert Abwanderung, Geburtenknick und Vergreisung das Bild. Rund 1,8 Millionen Einwohner verlor der Osten ab 1990 an den Westen. Doch in dem Maße, wie sich hier die Wirtschaft wieder belebt, erholt sich auch die Bevölkerungsstruktur. Laut einer aktuellen Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Im Osten auf Wanderschaft" zogen seit 2012 sogar mehr Menschen aus dem Westen und dem Ausland in die neuen Länder als diese seither verloren.

Der Osten saniert den Osten

Die Abwanderung scheint gestoppt. Schaut man aber genauer hin, fokussiert sich diese Wende – neben dem Großraum Berlin – auf fünf große Städte: Leipzig, Dresden, Jena, Potsdam und Erfurt. Sie sind wichtige Universitätsstandorte und zum Teil auch Landeshauptstädte, die eine neue Zugkraft speziell für jüngere, qualifizierte und kreative Menschen entwickelt haben. Hier sieht man wieder herausgeputzte Fassaden, es locken gut ausgestattete Hochschulen, eine vielfältige Kulturszene und vergleichsweise günstige Lebenshaltungskosten.

Leipzig ist dafür das spektakulärste Beispiel: Die Bevölkerungszahl, die in den 1990er Jahren trotz Eingemeindungen unter die Halbmillionengrenze fiel, wächst rapide. Allein im Jahr 2015 zogen gut 16.000 Menschen mehr zu, als die sächsische Metropole verließen. Mit knapp 570.000 Bürgern zählt Leipzig wieder zu den Top 10 im Land, ließ Nürnberg, Hannover und Bremen hinter sich. Im vergangenen Jahr enterte Leipzig mit 120 Geburten je 10.000 Einwohner sogar erstmals den Thron als fruchtbarste Großstadt Deutschlands – übrigens vor Dresden (114).

Von den Zuzüglern stammen rund zwei Fünftel aus dem Altbundesgebiet oder dem Ausland – doch 60 Prozent wandern lediglich aus anderen ostdeutschen Regionen zu. Weniger euphorisch betrachtet, saniert hier also der Osten den Osten. Inzwischen leben in diesen neuen blühenden Oasen nahezu 40 Prozent aller Ostdeutschen. Wissenschaftler empfehlen den Landes- und Landkreisverwaltungen denn auch, diesen Trend aktiv zu unterstützen. „Man muss sich auf die Städte konzentrieren, gerade in Ostdeutschland", rät etwa Professor Reint E. Gropp, der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle/Saale (IWH). „Sie müssen attraktiver werden für die Zielgruppe der gut ausgebildeten, möglichst kinderreichen jungen Familien."

> **„Hochschulstädte locken zwar Studierende an, doch es bleibt eine Heimat auf Zeit."**
>
> Dr. Manuel Slupina, Autor der Studie „Im Osten auf Wanderschaft" des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung

Blinde Schaufenster, vernagelte Haustüren und bröckelnder Putz in Zeitz.

FOTO: HARALD LACHMANN

Im Gegenzug veröden jedoch in fast demselben Maße, wie jene „Schwarmstädte" zulegen, große Teile des ländlichen Raums. So ist das eben bei Leuchttürmen: Sie strahlen zwar weit in die Ferne, doch um sie herum sieht es eher finster aus. Ein besonders trauriges Schattendasein führt etwa die einst stolze Residenz- und Industriestadt Zeitz in Sachsen-Anhalt. Nur 40 Autominuten südlich von Leipzig gelegen, schrumpfte sie ab 1990 von gut 43.000 auf bereits unter 30.000 Einwohner. Für 2030 sind sogar weniger als 20.000 Menschen prognostiziert. Selbst einen Steinwurf vom zentralen Altmarkt entfernt zeugen blinde Schaufenster, vernagelte Haustüren und bröckelnder Putz von viel Hoffnungslosigkeit. So werden bereits jährlich 400 Wohnungen zurückgebaut. Und da vor allem 19- bis 44-Jährige gehen, stehe in einigen Jahren „die Alterspyramide in Zeitz nahezu auf dem Kopf", mahnt ein städtischer Demografiebericht.

Auch andere frühere Kreissitze im Dunstkreis von Leipzig, etwa Eisleben, Weißenfels, Bitterfeld und Altenburg, verlieren laut Studien bis zum Jahr 2030 noch ein Viertel ihrer Einwohner. Selbst Hochschulstädte wie Jena, Köthen, Ilmenau oder Schmalkalden blicken eher skeptisch nach vorn. Sie locken zwar Studierende an, doch es bleibe eine „Heimat auf Zeit", so der Wirtschafts- und Sozialgeograph Dr. Manuel Slupina, So sieht denn auch Iris Gleicke (SPD), die Ostbeauftragte der Bundesregierung, noch keine wirkliche Trendwende. „Dafür sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu groß", sagt sie – und plädiert dringend für eine weitere Förderung strukturschwacher Gebiete auch nach Auslaufen des Solidarpakts Ost im Jahr 2019. Schützenhilfe bekommt sie dabei vom Statistischen Bundesamt, wo man erwartet, dass der Osten im nächsten Jahrzehnt vor allem wegen

Leipzig im Wandel: Die Stadt wächst und hat Nürnberg, Hannover und Bremen bei der Bevölkerungszahl überholt.

FOTO: DPA / JAN WOITAS

seiner Überalterung um weitere 1,5 Millionen Einwohner schrumpft. Dennoch räumt die Thüringerin ein: „Der Aufbau Ost hat etwas bewirkt."

Mithin heißt es für jene ostdeutsche Kommunen, die unterhalb der Leuchttürme darben, kreativ zu sein – und nicht nur, um für junge Leute interessant zu werden. Denn die Bevölkerungsforscher haben inzwischen weitere Zielgruppen lokalisiert, um die gerade für mittlere Städte das Werben lohnt: etwa die sogenannten Empty-Nest-Wanderer. Darunter versteht man die 50- bis 64-Jährigen, deren Nachwuchs inzwischen ausgeflogen ist. Sie verändern ihren Wohnort eher selten – aber wenn, wählen sie überschaubare Kommunen jenseits des Metropolentrubels, die mit einem guten Versorgungsangebot aufwarten. Sie werden inzwischen aus den Rathäusern und von Immobilienagenten ebenso umworben wie die „Ruhestands-Wanderer": Das sind Zeitgenossen ab 64 Jahren, die es auch verstärkt in mittlere Städte ohne Hektik, aber mit einer guten Infrastruktur zieht. Hierzu gehören etwa Weimar, Greifswald, Görlitz, Havelberg, Zittau oder auch Thüringer Kurstädtchen wie Bad Berka und Bad Liebenstein.

Es reicht also nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren von Wissenschaftlern empfohlen, verlorene Stadtkinder lediglich mit „Heimwehschachteln" voller Ostprodukte, Kühlschrankaufklebern oder einem Zeitungsabo zurücklocken. Stattdessen sind Jobperspektiven, gute Infrastruktur mit Ärzten, Geschäften, Gastronomie, Kultur und ÖPNV attraktiv. Hier die richtigen Akzente zu setzen, raten die Autoren der Berliner Studie übrigens auch den Machern mittelgroßer Städte. Ihnen käme künftig sogar eine noch bedeutendere Rolle in verödenden Regionen zu – eben „indem sie wichtige Angebote vorhalten", so Slupina.

Kleine Dörfer sind die Verlierer

Zu den wirklichen Verlierern rechnen die Experten dagegen kleinere Dörfer unter 500 Einwohnern, sofern diese nicht sehr dicht an einen der Leuchttürme grenzen und möglichst S-Bahnanschluss plus preisgünstigen Baugrund für junge Familien bieten. Doch auch hier gibt es schillernde Ausnahmen. Zum Beispiel Bösleben-Wüllersleben – ein halbe Stunde südlich von Erfurt gelegen – oder Hinrichshagen bei Greifswald. Spiel- und Sportplätze, Kitas, Jugendklubs und Bürgerhäuser, in denen ein vielfältiges Vereinsleben brodelt, gelten dabei als Patentrezepte. Gerade die Vereinsdichte sei ein „Indikator für Stabilität und ein Zeichen dafür, dass sich die Einwohner wohlfühlen", fanden die Berliner Forscher heraus.

Mehr Informationen:
www.berlin-institut.org

INTERVIEW

Leipzig-Boom nützt auch dem Umland

Gespräch mit Dietmar Berndt (parteilos), seit 2015 Bürgermeister mit SPD-Mandat in Böhlen, Landkreis Leipzig

Herr Berndt, Leipzig wächst und wächst. Was haben Sie im Dunst der Metropole davon?

Weil wir verkehrstechnisch günstig angebunden sind, partizipieren wir schon immer von Leipzig. Viele Einwohner arbeiten in Leipzig. So ist die Abwanderung, die es in den 1990er Jahren gab, weitgehend gestoppt. Wir haben wieder Zuzug, vor allem durch jüngere Leipziger, die im grünen Umland bauen wollen. Denn wir sind gut saniert, halten eine intakte Infrastruktur vor, etwa die größte Kita des Landkreises und eine große Oberschule. Sogar für das Herrenhaus fanden wir endlich einen neuen Besitzer.

Als langjährige Kohle- und Chemiestadt liegen Sie nun inmitten der neuen Seenkette, haben aber keine echte Wasseranbindung. Wie profiliert man sich da für potenzielle Zuzügler?

Mit unserem sehenswerten Kulturhaus. Es ist unser großes Plus, mit dem wir stärker noch zum kulturellen Zentrum im ganzen Neuseenland werden wollen. Es ist auch Heimstatt für das Leipziger Symphonieorchester und lockt zunehmend Auswärtige zu Konzerten und Veranstaltungen nach Böhlen. Jeder, der das Kulturhaus erlebt, ist beeindruckt davon. Es ist aber auch schwer zu erhalten.

Leipzig und die beiden tangierenden Landkreise vermarkten sich nun als „Leipzig Region". Wem nutzt diese Marke vor allem?

Ich denke schon, dass hier etwas zusammenwächst. Auch als Bürgermeister treffen wir uns inzwischen landkreisübergreifend. In den nächsten Wochen hoffe ich aber erst einmal sehr auf einen engen Schulterschluss, wenn es darum geht, das Orchester zu retten. Denn momentan sind die bisherigen Förderzuschüsse des Landes gefährdet. Das wäre nicht nur für uns in Böhlen bitter, sondern auch für andere kleinere Städte im Landkreis, etwa Bad Lausick, wo das tolle Ensemble regelmäßig in einem eigens sanierten Haus gastiert. *HL*

Das große Bauen

Bevölkerungswachstum und zu wenige Wohnungen – diese Probleme gab es im Berlin der 1920er Jahre schon einmal

Autor Carl-Friedrich Höck

Die Weiße Stadt in Berlin-Reinickendorf entstand Ende der 1920er Jahre. Vorangetrieben wurde das Projekt von Stadtrat Martin Wagner.

Die Bevölkerung Berlins wächst rasant. Deshalb investiert die sozialdemokratisch geführte Stadtregierung und kurbelt den Wohnungsbau an. Das geschieht heute, das gab es aber auch vor 90 Jahren schon.

Von 1920 bis 1930 stieg die Einwohnerzahl um mehr als 450.000, insgesamt wuchs sie damit auf über 4,3 Millionen. Wohnungen waren in der Hauptstadt ohnehin ein knappes Gut: Schon nach dem Ersten Weltkrieg fehlten 130.000. Sofern ärmere Familien überhaupt eine eigene Unterkunft fanden, lebten sie meist dicht gedrängt in engen, oft stickigen Mietskasernen, die sich um dunkle Hinterhöfe reihten.

Erstmals griff der Staat ein

In der Weimarer Republik wurde es erstmals als staatliche Aufgabe angesehen, die Bevölkerung mit ausreichenden Wohnungen zu versorgen. Der Staat legte eine öffentliche Wohnungsbauförderung auf und führte 1924 die Hauszinssteuer ein. Das Prinzip: Wenn in den bestehenden Altbauten die Miete erhöht wird, schöpft der Staat einen Teil der Mehreinnahmen ab. Dieses Geld fließt in den Wohnungsbau.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre brummte die Wirtschaft – damit stiegen auch die Steuereinnahmen. Bis zu 120 Millionen Reichsmark pro Jahr nahm Berlin aus der Hauszinssteuer ein. Und die sozialdemokratischen Stadtoberen achteten darauf, dass das Geld den weniger Wohlhabenden zugutekommt. Eine Wohnungsfürsorgegesellschaft wurde gegründet. Sie verwaltete die Einnahmen und verteilte sie an gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen. Letztere schossen wie Pilze aus dem Boden, oft gegründet von Gewerkschaften.

Nicht nur die Zahl der Wohnungen sollte steigen, auch ihre Qualität. Mehr Licht und Luft sollte in die Behausungen strömen. Die Stadtverordneten legten fest: Jede geförderte neue Wohnung musste jetzt ein Bad haben, einen Balkon und Fenster an gegenüberliegenden Seiten, um besser lüften zu können. Teilweise wurden sogar Zentralheizungen eingebaut.

Großen Einfluss übte der Architekt und Sozialdemokrat Martin Wagner aus – zuerst als Leiter der gewerkschaftlichen Wohnungsbaugesellschaft GEHAG, ab 1926 als Baustadtrat von Berlin. Mit dem Geld aus der Hauszinssteuer setzte er ein gewaltiges Wohnungsbauprogramm um. Vier Großsiedlungen mit je mehr als 1000 kleineren Wohnungen ließ Wagner als Baustadtrat errichten, alle nach den Grundsätzen des „Neuen Bauens“: Rational und funktionalistisch sollten die Formen sein, um die Kosten niedrig zu halten. Beim Bau der „Hufeisensiedlung“ im Stadtteil Britz etwa wurden serienmäßig hergestellte Bauteile eingesetzt – damals eine Revolution. Im Stadtteil Friedrichsfelde entstand nach Plänen Wagners zwischen 1926 und 1930 sogar die erste deutsche Plattenbausiedlung.

Wichtig war Wagner auch: Die dicht bebauten Wohngebiete im Stadtzentrum sollten mit Grünflächen aufgelockert werden. Freiflächen und Natur vor der Haustür – auch das gehörte zur neuen Wohnkultur. Viele kleine Stadtzentren sollten die Metropole entzerren. Deshalb wurden auch die Vorstädte ausgebaut. Am Stadtrand entstanden große Anlagen mit Flachbauten, die mit den Wäldern und Seen der Umgebung verschmolzen.

Das Bau-Programm genügte nicht

Auch wenn die Bevölkerung damals über die schlichten Bauten ohne Giebeldächer spottete, aus heutiger Sicht waren sie wegweisend. Nur: Das Ziel, allen Berlinern ein hochwertiges Zuhause zur Verfügung zu stellen, wurde verfehlt. Beachtliche 140.000 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden zwischen 1924 und 1931 – doch weil die Bevölkerung so rasant wuchs, stieg die Zahl der Wohnungssuchenden trotzdem. Eine Folge davon: Trotz aller Sparmaßnahmen beim Bau waren die Neubauten zu teuer für die einfachen Arbeiter- und Angestelltenfamilien. An sie hatten die Stadtpolitiker, Architekten und Baugesellschaften gedacht, als sie das Bauen revolutionierten und zu einer sozialen Aufgabe erklärten. Doch es war der Mittelstand, der in die neuen Häuser einzog.

Mit der Weltwirtschaftskrise war die Zeit der Wohnraumförderung und des „Neuen Bauens“ vorbei. Die Hauszinssteuer brachte nichts mehr ein und wurde 1931 abgeschafft. Was blieb, war eine neue Idee – die nach dem Zweiten Weltkrieg mit immer größeren Plattenbauten fortgeführt wurde, aber durch das Übermaß auch an Charme verlor. Und es blieben die Bauten. Sechs Großsiedlungen der Berliner Moderne gehören heute zum Weltkulturerbe.

WOHNUNGSBAU

140.000

neue Wohnungen entstanden in Berlin zwischen 1924 und 1931 mit staatlicher Förderung.

219.000

zusätzliche Einwohner musste Berlin zwischen 1925 und 1933 aufnehmen.

QUELLE: STADTENTWICKLUNG.BERLIN.DE

Weitere Informationen

www.welterbesiedlungen-berlin.de
www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmale_in_berlin/de/weltkulturerbe/

FOTO: PAUL GLASER / DPA

Bauern in der Stadt

Landwirtschaftliche Flächen in Hamburg werden knapper. Dabei verfügt die Großstadt sogar über ein „Agrarpolitisches Konzept 2020“, um die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten

Autorin Susanne Dohrn

Das Kalb wurde erst vor einigen Minuten geboren. Noch feucht liegt es im Stroh. Seine Mutter leckt es trocken. „Damit regt sie auch den Kreislauf und die Atmung an“, erklärt Jan-Hendrik Langeloh (39). Er ist Landwirt und betreibt zusammen mit seinem Nachbarn den „Milchhof Langeloh“ im Südosten Hamburgs. Rund ein Drittel der Stadtfläche zählt zum ländlichen Raum. 700 Betriebe mit etwa 3500 Beschäftigten produzieren in der Hansestadt Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Schnittblumen oder eben Milch, wie die 150 Kühe von Jan-Hendrik Langeloh.

Um diesen Betrieben angesichts von Höfesterben und Konzentrationsprozessen in der Landwirtschaft das Überleben zu sichern, hat Hamburg im April 2014 nach mehr als zehnjähriger Diskussion ein „Agrarpolitisches Konzept 2020“ verabschiedet. Ziel ist es, den landwirtschaftlichen Betrieben „eine wirtschaftlich aussichtsreiche und wettbewerbsfähige Perspektive aufzuzeigen“. Für eine Großstadt sei das „ein ziemlich einmaliger Prozess“, sagt Gert Kekstadt (SPD), Fachsprecher für Landwirtschaft in der Hamburger Bürgerschaft.

Die Stadt nimmt für ihre Bauern Geld in die Hand

Hamburg investiert in Beratung und Weiterbildung, fördert Stallbauten, die zu mehr Tierwohl beitragen. Der Anteil der Obstanbauflächen im ökologischen Landbau in Hamburg soll von 10 Prozent auf 25 Prozent im Jahr 2015 erhöht werden und die Vermarktung regionaler Lebensmittel soll verbessert werden. 2,4 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln stehen für die Unterstützung der Landwirtschaft jedes Jahr zur Verfügung. Marketingkampagnen wie „Aus der Region für die Region“ sollen Erzeugern, Verarbeitern und Vermarktern von landwirtschaftlichen Produkten zusätzliche Einkommensquellen eröffnen.

Auch Langeloh hat diesen Trend erkannt, eine eigene Molkerei gebaut und sein eigenes Label entwickelt: „Milchhof Reitbrook“ steht auf seinen Milchflaschen und Joghurtbechern. Damit beliefert er sowohl Supermärkte als auch Privathaushalte, bei denen der „Milchmann“ die neue Lieferung vor die Tür stellt. Zudem hat er sich damit, wenigstens zu einem Teil, von den sinkenden Milchpreisen und den großen Molkereien unabhängig gemacht.

Etwa 200 Hektar bewirtschaften Langeloh und sein Nachbar. Davon gehört den beiden Landwirten etwas mehr als die Hälfte. Der Rest ist gepachtet. Für das Überleben des Betriebes ist ein hoher Eigentumsanteil ein Vorteil, denn Flächen sind in einer Großstadt knapp.

> **Für eine Großstadt ist das ein ziemlich einmaliger Prozess.**
>
> Gert Kekstadt (SPD) über das agrarpolitische Konzept Hamburgs

FOTO: SUSANNE DOHRN

Betreibt Landwirtschaft in der Großstadt: Bauer Jan-Hendrik Langeloh (l.) mit Gert Kekstadt (SPD), Fachsprecher für Landwirtschaft in der Hamburger Bürgerschaft

Hinzu kommt: Je mehr gebaut wird, umso mehr Ausgleichsflächen sind notwendig. Der Zuzug von Flüchtlingen hat dieses Problem weiter verschärft, denn nun müssen noch mehr Wohnungen gebaut werden, als ursprünglich geplant.

Jede neu bebaute Fläche – egal ob für Straßen oder Wohnungen – bedeutet einen Eingriff in Natur und Landschaft. Um die negativen Folgen zu verringern oder zu vermeiden schreibt das Bundesnaturschutzgesetz vor, dass diese Eingriffe durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ausgeglichen oder ersetzt werden müssen. Meist gilt ein Flächenverhältnis von eins zu vier. Praktisch heißt das: Sollen, wie in Kekstadts Wahlkreis geplant, acht Hektar neu bebaut werden, müssten theoretisch 32 Hektar aus der Nutzung genommen werden. Kekstadt: „Dazu muss fast immer auf landwirtschaftliche Flächen zurückgegriffen werden.“

Um landwirtschaftliche Flächen wird immer wieder gerungen

Konflikte sind also programmiert, denn ein großer Teil der Flächen befindet sich im Besitz der Stadt. Die verlängert Pachtverträge derzeit nur sehr vorsichtig und mit flexiblen Laufzeiten, so Kekstadt. Gleichzeitig brauchen die Landwirte Planungssicherheit. Hier kommt die Ökokontoverordnung ins Spiel. Mit dieser Regelung wird die Möglichkeit geschaffen, „Maßnahmen mit positiver Wirkung auf Natur und Landschaft auf einem Ökokonto gutschreiben zu können, um sie später als Kompensationsmaßnahme für Eingriffe in Natur und Landschaft anrechnen zu lassen“. Werden beispielsweise ehemals trockengelegte Flächen wiedervernässt, würden weniger Ausgleichsflächen benötigt. Parallel wird, so Kekstadt, derzeit geprüft, welche Flächen in Zukunft für Umweltmaßnahmen benötigt werden, damit die Landwirte langfristig besser planen können.

Landwirt Langeloh kennt das Problem. Als die Stadt auf seinem Land als Ausgleichsmaßnahme ein Naturschutzgebiet ausweisen wollte, gelang ihm ein Tausch. Die Stadt erhielt von ihm Land für den Naturschutz und er Flächen als Eigentum, die er bis dahin von der Stadt gepachtet hatte. Langeloh ist zufrieden: „Das gibt uns mehr Planungssicherheit.“

Das „Agrarpolitische Konzept 2020“ ist im Internet veröffentlicht:
www.hamburg.de/contentblob/4299736/data/bwvi-anlage-agrarpolitisches-konzept.pdf

„Kleinere Schritte, die doch Größeres bewirken“

Der Werra-Meißner-Kreis stellt sich seit Jahren erfolgreich auf den demografischen Wandel ein

Autor Harald Lachmann

1,5 Mio Euro Fördergeld: Landrat Stefan G. Reuß (l.) mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt.

Als Deutschland noch geteilt war, schulterte kein Landkreis im Westen einen längeren Grenzabschnitt als die Region zwischen Werra und Hohem Meißner. Größere Industrieansiedlungen fanden hier, im sogenannten Zonenrandgebiet, nicht statt. „Allenfalls verlängerte Werkbänke entstanden“, erinnert sich der heutige Landrat Stefan G. Reuß (SPD). Doch auch nach der Wende im Jahr 1989 wurde es nicht besser. Stets blieb ein Fördergefälle zwischen dem reichen Hessen als einem der Geberländer und dem aufholbedürftigen Osten. „Also zogen Investoren, die sich hier ansiedeln wollten, gleich ein paar Kilometer weiter nach Thüringen“, so Reuß.

Permanentes Schrumpfen

Die Folge war auch ein permanenter Rückgang der Bevölkerung. Lebten bei Kreisgründung 1974 noch rund knapp 122.000 Menschen im Werra-Meißner-Kreis, sind es heute kaum noch 100.000. Doch inzwischen steuert man gerade hier erfolgreich gegen. „Seit drei Jahren haben wir wieder klar mehr Zuzüge in den Landkreis als Abwanderung“, freut sich der Landrat, der im Jahr 2016 übrigens sein zehnjähriges Amtsjubiläum begeht. Die Zahl neuer Arbeitsplätze ist beachtlich, beim chronisch defizitären Nahverkehr setzt man auf eine unkonventionelle „Mobilfalt“, die auch bürgerschaftliche Mitfahrgelegenheiten anbietet, und selbst längst totgeglaubte Einrichtungen erleben eine regelrechte Renaissance – Dorfläden etwa: „Inzwischen haben sechs wieder geöffnet.“

Als Erfolgsgeheimnis auf dem Weg zu „klar verbesserten Strukturen in der Daseinsvorsorge“, die er sich auf die Fahne geschrieben hat, nennt Reuß „viele kleine Schritte, die doch Größeres bewirken können“. Dazu besinne man sich der eigenen Kraft, stärke Handwerk und Mittelstand, fokussiere einen kleinteiligen aber vielfältigen Branchenmix, statt „auf den großen Wurf zu warten“. Das beginne dort, wo das Vergaberecht es zulässt, bei gezielten Aufträgen für Unternehmen im Landkreis und reiche bis zu Berufsberatungen zugunsten heimischer Firmen und Branchen, die bereits in der 5. Klasse stattfänden.

> **„Seit drei Jahren haben wir wieder klar mehr Zuzüge in den Kreis als Abwanderung.“**
>
> Landrat Stefan G. Reuß

Als den „eigentlich entscheidenden Punkt“ dabei empfindet es Reuß, die Ideen und Initiativen der Bürger selbst zu stimulieren, aufzugreifen und zu bündeln: „Eben hier sind wir unheimlich aktiv!“ Und was man damit anschob, ist inzwischen oft nachahmenswert für ganz Deutschland. Gleich mehrfach firmiert der Werra-Meißner-Kreis heute bundesweit als Modellprojekt – beim Ökolandbau, bei der Inklusion und vor allem beim Revitalisieren strukturschwacher ländlicher Räume.

Bereits bis zum Jahr 2012 war man eine von nur zwei Modellregionen im Bundesprojekt „Region hat Zukunft“, wozu das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium eine Millionen Euro zuschoss. Und seit Mitte 2015 sind die Nordhessen erneut eine von 13 Modellregionen im Programm „Land(auf) Schwung“, mit dem der Bund strukturschwache ländliche Regionen dabei unterstützt, mit dem demografischen Wandel vor Ort aktiv umzugehen, die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und die Beschäftigung im ländlichen Raum zu sichern. Diesmal schießt das Agrarministerium 1,5 Millionen Euro zu.

Der maßgeblich von bürgerschaftlichem Engagement getragene Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. unter dem Vorsitz von Helga Kawe strickt dazu an einem Netzwerk mit den Schwerpunktthemen Wirtschaft und Bildung. Ein wichtiges Ziel dabei sind neue Impulse für die Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie. 35 Experten und Expertinnen aus Schulen, Wirtschaft und Verwaltungen trafen sich im Februar in Eschwege, um über eine Neuausrichtung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie des Kreises für die Jahre 2016 bis 2020 zu diskutieren. Das sei, so Reuß, „das Fundament für die Projekte und Maßnahmen, die im Rahmen der regionalen Arbeitsmarktförderung des Landes umgesetzt werden“. In Eschwege entsteht zudem ein Medienhaus, das, auch Ausbildungsplätze in den neuen Medienberufen anbieten wird. Obwohl viele Strukturen erst entstehen, „spürt man schon eine hohe Bereitschaft der Bürger mitzuarbeiten“, so Reuß. Denn mit jedem dieser kleineren Projekte steige auch die Identifizierung der Menschen mit dem eigenen Ort: „Es motiviert und man fühlt sich verpflichtet, sich einzubringen und Vorhaben zu unterstützen, damit sie nachhaltig werden.“ Gerade Leute in den Dörfern spürten: Wenn weitere öffentliche Einrichtungen – etwa Schulen – erst verschwunden seien, weil sie nicht mehr ausreichend genutzt werden, sehe man sie nie wieder.

FOTO: WERRA-MEISSNER-KREIS

Weitere Informationen

www.werra-meissner-kreis.de

Weniger Leerstand und mehr Wohnraum für Bedürftige

Wo die vielen Flüchtlinge unterbringen? Das Karlsruher Modell „Wohnraumakquise durch Kooperation“ zeigt Wege auf

Autorin Karin Billanitsch

Meine Mitarbeiter sind zur Zeit sehr gefragte Ansprechpartner.“ Martin Lenz, Bürgermeister in Karlsruhe (SPD) und Dezernent für Jugend und Eltern, Soziales, Schulen, Sport, Bäder und Migrationsfragen spielt auf ein Konzept in der Wohnraumpolitik an, das Schule macht. Deutschlandweit haben Lenz und seine Leute ihre Idee „Wohnraumakquise durch Kooperation“ vorgestellt. Für viele Wohnungslose und sozial Bedürftige, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, konnte die Stadtverwaltung Karlsruhe in den vergangenen Jahren 500 Wohnungen finden, die langfristig vermietet wurden. Jetzt, in der Flüchtlingskrise, suchen nicht nur Städte, sondern auch Kreise und Gemeinden nach Wohnraum, nicht zuletzt um drohende Obdachlosigkeit von Flüchtlingen zu verhindern. Obwohl es das Karlsruher Modell für mehr Wohnraum schon seit zehn Jahren gebe, sei es gerade heute wieder besonders aktuell und auch in kleineren Zentren anwendbar, betont Lenz.

Finanzieller Anreiz für Eigentümer

Karlsruhe hat sich auf die Fahnen geschrieben, genügend angemessene Wohnungen auch für sozial Bedürftige bereitzuhalten, die obdachlos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Kurz gesagt funktioniert das folgendermaßen: Ein privater Eigentümer stellt eine Wohnung zur Verfügung. „Da der Neubau von Wohnungen nicht zügig genug realisiert werden kann, richten wir damit unser Augenmerk auf den Leerstand“, erzählt Lenz. Ohnehin hat Karlsruhe eine der niedrigsten Quoten in Deutschland. Im ersten Schritt muss der Eigentümer von der Sache überzeugt werden, und das ist oft schwierig. Viele wollen sich nicht gleich langfristig binden. Die Stadt appelliert an die soziale Verantwortung, aber auch daran, dass sich für den Eigentümer die Vermietung lohnt.

Wenn nötig, bezuschusst die Stadt die Sanierung – für das Programm hat der Gemeinderat aktuell 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug vermietet der Eigentümer für zehn Jahre an sozial benachteiligte Menschen zu einer Miete auf „Hartz-IV-Niveau“. Die Stadt gibt darüber hinaus eine befristete Mietausfallgarantie.

Ein Jahr auf Probe wohnen

„Das Besondere daran ist“, erklärt Lenz, „dass wir zunächst eine Art Probewohnen machen“. Im Detail schliesst die Sozialbehörde eine Vereinbarung mit dem Eigentümer der Wohnungen, dass diese nach der Sanierung zunächst – über eine Belegungsvereinbarung – nur für ein Jahr mit wohnungslosen Personen belegt werden. Lenz: „Die eingewiesenen Personen haben innerhalb eines Jahres die Möglichkeit einer sozialarbeiterischen Begleitung. Treten keine Probleme auf, die Bedenken bezüglich eines Mietverhältnisses rechtfertigen, erhalten die Betroffenen einen eigenen Mietvertrag und sind somit nicht mehr obdachlos.“ Nach Ansicht von Lenz lässt sich dieses Verfahren auch auf die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen anwenden.

Chance für ländliche Gebiete

Lenz weist – neben dem sozialen Aspekt – auf „enorme wirtschaftliche Vorteile“ des Konzeptes hin. Er stellt einen Kostenvergleich gegenüber der Unterbringung in Pensionen oder Hotels auf. Ein Einpersonenhaushalt benötigt danach 351 Euro, ein Vierpersonenhaushalt 702 Euro Mietkosten monatlich für die eigenen vier Wände. Dagegen kostet in Karlsruhe eine Unterbringung in Beleghotels 870 bzw. 2640 Euro. Das Programm werde sich auch regional ausbreiten, gibt sich Lenz überzeugt. Ein Beispiel: Seit 2008 gibt es einen Kooperationsvertrag zur Wohnraumversorgung Wohnungsloser mit Stutensee im Landkreis Karlsruhe.

KOSTENBEISPIELE

500.000

Euro hat die Stadt Karlsruhe für das Programm bereitgestellt.

351

Euro benötigt ein Einpersonenhaushalt monatlich an Mietkosten, ein Beleghotel kostet dagegen 870 Euro.

QUELLE: LENZ

„Wir machen zunächst eine Art Probewohnen für ein Jahr

Bürgermeister Martin Lenz, Karlsruhe

FOTO: REGINA MEYER

INTERVIEW

„Flüchtlinge zu halten wäre ein Riesengewinn“

Drei Fragen an Regina Meyer, Demografiebeauftragte des Landkreises Göttingen

Frau Meyer, kann die Zuwanderung von Flüchtlingen aufs Land den Prozess der Abwanderung bremsen?

Das ist ein komplexes Themenfeld und wir brauchen großes Engagement zur Betreuung der Menschen. Grundsätzlich kann das ein Katalysator für die Aktivierung von Dorfgemeinschaften und Stadtteilen sein. Wenn die Flüchtlinge hier im Landkreis Göttingen gehalten und integriert werden könnten, wäre es ein Riesengewinn. Wir haben etliche Einrichtungen, die sich mit Fragen der Auslastung oder Schließung befassen.

Wie bringt der Landkreis Göttingen Flüchtlinge unter?

Bisher haben wir alle dezentral unterbringen können. Nun kauft der Landkreis auch leer stehende größere Immobilien auf. Diese können wir später auch nutzen, als Zentren der Begegnung oder Qualifizierung.

Wo sehen Sie Probleme?

Ein großer Hemmschuh ist: Warum sollten die Zugewanderten hier wohnen bleiben, wenn auch Einheimische abwandern? Sie gehen dorthin, wo sie Arbeitsplätze finden. Auf der anderen Seite herrscht auch Fachkräftemangel. Hier ist es wichtig, Mobilitätsstrukturen zu verbessern oder neu zu schaffen. Die Gegenspieler einer erfolgreichen Integration sind Angst, Unsicherheit, Unkenntnis und rassistische Hetze. Wir müssen den Hetzern den Boden entziehen und gleichzeitig die Ängste unserer Bürger ernst nehmen. Wir haben gute Erfahrungen mit der persönlichen Begegnung mit Flüchtlingen gemacht. *KB*

Im neu angelegten Dahliengarten im Schatten der Kirche können sich Legdener Bürger über Generationsgrenzen hinweg austauschen.

Dahliengarten und Babyboom

Wie Legden sich gegen den demografischen Trend zur Abwanderung und schrumpfenden Bevölkerung stemmt

Autorin Maicke Mackerodt

Leeres Land, volle Städte: Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung schrumpft die nordrhein-westfälische Landbevölkerung bis zum Jahr 2030 zum Teil dramatisch. NRW verliert in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich 480.000 Einwohner. Das entspricht der Bevölkerungszahl einer Stadt wie Duisburg. Erste Gemeinden versuchen, sich gegen den Trend zu stemmen: so wie Legden im Münsterland – ein altes Dorf im Kreis Borken, das berühmt ist für seine Backsteinhäuschen und seine Dahlien.

Eigentlich ist Legden gut aufgestellt: Die Bevölkerung ist jünger als im Durchschnitt, sie wird von mindestens acht Ärzten gut versorgt und die Wirtschaft brummt im Westmünsterland. Um dennoch auf den Bevölkerungsschwund vorbereitet zu sein, hat die Gemeinde sich bereits 2009 auf den Weg gemacht, um den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. „Begegnungsmöglichkeiten der Generationen fehlten und das Thema Demenz war mit einem Tabu behaftet“, sagt Friedhelm Kleweken, seit 17 Jahren Bürgermeister von Legden. „Zu unseren Projekt-Bausteinen gehören inzwischen nicht nur Telemedizin sondern aktuell auch die barrierefreie Umgestaltung einer Geschäftsstraße mitten im Ortskern.“ Und weil Dahlien seit 80 Jahren in Legden Tradition haben, es sogar einen eigenen Dahlien-Korso gibt, wurde der frühere Pastorsgarten zu einem 4500m² großen Dahlienschaugarten umgestaltet.

> **Gerade für kleine Gemeinden ist es nicht einfach, für die Bedürfnisse immer mehr älterer Menschen zu sorgen.**
>
> Ralf Jäger, Innenminister Nordrhein-Westfalen (SPD)

„Der Dahlienschaugarten liegt in einer Parkanlage mitten im Ortskern, im Schatten der Kirche“, erzählt Projektleiter Kleweken. „Früher war hier die Obstwiese des Pastors. Heute sind es frei zugängliche Rasenflächen zum Spielen für Kinder, ein gepflasterter Platz für Gymnastik und fünf ovale, hüfthohe Beete, in denen alle Legdener Bürger gärtnern können.“ Vor allem bei den Hochbeeten für Kräuter können mobilitätseingeschränkte Menschen mit Rollator gut mithelfen. „Der Garten wird von älteren Mitbürgern stark angenommen, weil sie mitten im Dorf die Stille und Ruhe genießen.“

Bürgermeister Kleweken freut sich, dass sein Zukunftsdorf-Projekt 2014 einstimmig von der Regionale 2016 bestätigt wurde. Er beschäftigt sich mittlerweile mit neuen Wohnformen und ist stolz, „dass wir den Mut hatten, den demografischen Wandel als Herausforderung zu begreifen“. Als nächstes soll „das ganze Dorf wie ein Mehrgenerationenhaus entwickelt werden, dazu gehört auch, barrierearme Wohnungen im Ortskern zu bauen. „Für Menschen, die ihr Eigenheim aufgeben und hierbleiben wollen.“ Kleweken stellt nicht nur fest, dass erste Investoren die Wohnungsidee aufgreifen. Er registriert auch seit vorigem Jahr einen völlig überraschenden Babyboom. „Wir hatten jahrelang rückläufige Geburtenraten und erleben jetzt eine Steigerung von zehn bis 15 Prozent.“

Schirmherr des „ZukunftsDORF“-Wettbewerbs ist NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). Er lobte bei der Preisverleihung: Legden habe „frühzeitig den Dialog mit allen Bürgern gesucht, um Lösungen zu finden. Gerade für kleine Gemeinden ist es nicht einfach, für die Bedürfnisse immer mehr älterer Menschen zu sorgen.“

Ältere als Teil der Gemeinschaft

Nicht nur im Dahliengarten, auch sonst sollen die Älteren Teil der Dorfgemeinschaft bleiben. Ein weiteres Projekt: Demente Menschen sollen nicht in ihrer Wohnung oder im Pflegeheim verschwinden, sondern am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Zwei Jahre lang hat die Caritas in Legden unermüdlich zu Informationskampagnen eingeladen: Schulen, Apotheken, Gemeindeverwaltung, Vereinen. „Auch Ärzte und Angehörige sollten besser zusammenarbeiten“, sagt Birgit Leuderalbert von der Caritas, die das Projekt „Teilhabe am Leben“ unterstützt. Selbst im Kindergarten wurden die Jüngsten mit dem Thema Demenz spielerisch vertraut gemacht.

„Wir wollten die Selbsthilfepotenziale vor Ort stärken und Betroffene im frühen Demenz-Stadium mit ins Boot holen“, erzählt Birgit Leuderalbert. Als sie 40 örtliche Vereine zur Ideenschmiede einlud, kam mehr als die Hälfte. „Das ist der Vorteil vom Land. Von so einer Quote träumen andere Kommunen.“ Sie erlebte mit, wie Schützenverein, Hospizbewegung und Sportvereine mit viel Vorbehalten nebeneinandersaßen – und dachten, das gehe sie nichts an. „Plötzlich hat es Klick gemacht und die Vereine erkannten, ältere Mitglieder wurden nicht mehr angemessen integriert.“ Daraus ist nach Projektende ein Netzwerk entstanden, das das Thema weiter wachhält. Die Caritas-Koordinatorin hofft, dass die Erkenntnisse aus Legden andere Kommunen inspirieren. „Wir sehen uns als eine Art Versuchslabor. Andere Gemeinden können gerne gucken, um Vergleichbares aufzubauen.“

Weitere Informationen
www.regionale2016.de

FOTO: INCENIOFILM / REGIONALE 2016 AGENTUR

Der nächste Landarzt, bitte

Vielfältige Anreize sollen junge Mediziner in die Provinz locken – doch Geld allein überzeugt den Nachwuchs nicht

Autor Uwe Roth

Die etwa 1600 Einwohner des Fleckens Oppin nördlich von Halle in Sachsen-Anhalt haben Glück: Während sich in vielen Orten gleicher Einwohnergröße Patienten zum Arztbesuch in die nächstgrößere Stadt aufmachen müssen, können kranke Oppiner zu einem jungen Facharzt für Allgemeinmedizin in die Sprechstunde, der fußläufig zu erreichen ist. Jens Abendroth ist 34 Jahre alt und hat vor zwei Jahren die Praxis von einem Kollegen übernommen, der in den Ruhestand wollte. Die Stadt Landsberg, zu der Oppin gehört, hat ihm eigens neue Praxisräume gebaut, die der Niedersachse angemietet hat. Andere Kommunen werben mit günstigem Bauland um Ärzte.

Dem Klischee des Landarztes, der rund um die Uhr für seine Patienten erreichbar ist, quasi in seinen Praxisräumen lebt und die Familie nur kurz beim Essen zu Gesicht bekommt, will Abendroth trotz großem Einzugsgebiet nicht entsprechen: Seinen Arbeitstag wolle er genau strukturieren, um „das Nötige für die Familie, seine Gesundheit und das Seelenheil zu tun“. Das hat er noch vor Praxiseröffnung über die Lokalzeitung verkündet.

Jüngere ziehen klare Grenzen

Der Jungmediziner gehört einer Generation an, die trotz der Liebe zum Beruf klare Grenzen zieht. Landleben muss sich lohnen, nicht nur finanziell. Arbeits-, Familien- und Freizeit müssen sich in der Balance halten. Dies lässt sich etwa aus einer Studie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung unter Medizinstudenten ableiten: Für 87,4 Prozent der befragten angehenden Mediziner ist es beispielsweise wichtig, Kinder zu bekommen. Kommunalverwaltungen, die erfolgreich den Ärztenachwuchs ansprechen wollen, müssen sich deshalb innovative Angebote einfallen lassen. Zumal unter den Medizinstudierenden immer mehr Frauen sind, die später Kinder und Beruf in Einklang bringen wollen. Gemeinden können hier etwa mit guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten punkten. Der Hausärztemangel – nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in Ballungszentren – zeichnet sich schon länger ab. Dagegen haben sich inzwischen in den Bundesländern Koalitionen aus den Kassenärztlichen Vereinigungen, Krankenkassen, Kommunalverbänden und den zuständigen Ministerien gebildet. Einige Förderprogramme sind angelaufen, ob sie am Ende Wirkung zeigen und den Medizinernachwuchs davon abhalten, sich auf ein Fachgebiet zu spezialisieren, wird sich erst noch zeigen. Jens Abendroth hat alle Chancen ergriffen, sich von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) beraten lassen und deren politische Kontakte in die Kommunalverwaltung genutzt.

Die Offerten, die jungen Medizinern Lust aufs Land machen sollen, sind vielfältig. Besonders aktiv ist die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Thüringen. Seit Juni 2007 gibt es in diesem Bundesland die „Stiftung ambulante Versorgung Thüringen“. Sie vergibt Stipendien bis zu 60.000 Euro, wenn sich der Mediziner oder die Medizinerin auf vier Jahre verpflichtet, eine Hausarztpraxis zu führen. Die ersten Stipendiaten seien geblieben, berichtet KV-Sprecher Veit Malolepsy und zählt weiter auf: Wer nicht weiß, ob ihm das Führen einer Praxis liegt, kann eine „Niederlassungsfahrschule“ besuchen und als angestellter Arzt in einer von der Stiftung betriebenen Praxis zwei bis drei Jahre lang seine Qualitäten als Manager testen.

Das Land Baden-Württemberg gibt zwischen 10.000 und 30.000 Euro an Zuschüssen. Dort haben sich im Jahr 2015 die KV und die Techniker Krankenkasse zusammengetan und Medizinstudierende zu einer Bustour durch die ländlichen Gebiete eingeladen. Besucht wurden Arztpraxen, und immer dabei waren hohe Vertreter aus den Rathäusern oder Landratsämtern – und zahlreiche Medienvertreter. „Junge Männer wollen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso wie die Frauen“, hat Andreas Vogt, Leiter der TK-Landesvertretung Baden-Württemberg, beobachtet. Er berichtete den zwölf Tourteilnehmern, dass durch Gesetzesänderungen die ambulante Versorgung für junge Mediziner attraktiver gemacht werden solle. Beispielsweise werde die Anstellung von Kollegen, auch in Teilzeit, vereinfacht.

Bei allen Anreizen: Wenn die Jungmediziner aufs Land wollen, dann nicht dorthin, wo sich Hase und Igel gute Nacht sagen. Sie bevorzugen die Nähe einer größeren Stadt. Jens Abendroth sagt, so sehr ihn das Dorf Oppin gereizt habe, die Nähe der Stadt Halle in der Nachbarschaft mit immerhin 232.000 Einwohnern habe ihm die Entscheidung leichter gemacht.

www.g-ba.de

AKUTER MANGEL

1671

Einwohner pro Hausarzt ist der Betreuungsschlüssel, der einem Versorgungsgrad von 100 Prozent entspricht.

37

Prozent der Medizinstudenten präferieren eine Tätigkeit als Hausarzt.

87,4

Prozent der angehenden Ärzte wollen Kinder haben. Für sie ist eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig.

QUELLEN: GEMEINSAMER BUNDESAUSSCHUSS, KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG

Auf dem Weg zum Patienten: Für einen Landarzt haben regelmäßige Hausbesuche eine größere Bedeutung als in städtischen Praxen.

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOTHEK.NET

Ende der Breitband-Diät

Eine Genossenschaft will in Hagen im Münsterland den Ausbau des schnellen Internets vorantreiben

Autorin Maicke Mackerodt

Ein modernes Glasfaserkabelnetz mit leistungsfähigem Internet gilt heute als wichtiger Standortfaktor.

Um den Wirtschaftsstandort Hagen im nordrhein-westfälischen Münsterland für Unternehmen und Einwohner zukunftsfähiger zu machen, braucht Hagen ein flächendeckendes und leistungsstarkes NGA-Breitbandnetz (Next Generation Access). Hagens Wirtschaft ist geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die größtenteils noch von veralteter Kupferkabel-Technikinfrastruktur versorgt werden (zum Beispiel Vectoring). Ein kapazitätsstarker Internetzugang gilt heutzutage aber als wichtiger Standortfaktor.

Inakzeptable Übertragungsraten

Digitalen Datenaustausch brauchen nicht nur IT-Betriebe, sondern mittelständische Handwerker genauso wie die klassische Industrie. Erst maximal zehn Prozent der Gewerbebetriebe in Hagen haben Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s. Viele Gewerbetreibende in Lennetal werden dagegen nur mit inakzeptabel niedrigen Übertragungsraten von bis zu 6 MBit versorgt. Industrie 4.0 sieht anders aus.

Gebraucht wird ein modernes Glasfaserkabelnetz für den Datenaustausch über E-Mail und Cloud ebenso wie für Administration, Backup und Storage zur Sicherung der Firmendaten. Große Anbieter wie Telekom oder Vodafone wollen aber nicht in den teuren Ausbau für Glasfaserkabel in Hagen investieren, weil es für sie nicht rentabel ist.

Der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband (RWGV) bekam nun einen Zuwendungsbescheid über 195.000 Euro. „Das Ziel einer flächendeckenden und schnellen Internetversorgung in NRW lässt sich umso eher erreichen, je mehr privatwirtschaftliches Engagement wir gewinnen können“, sagt Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD). „Das Genossenschaftsmodell des RWGV ist ein vielversprechender Ansatz. Von den Erkenntnissen können Kommunen und Unternehmen künftig stark profitieren.“

In Abstimmung mit dem Ministerium betreut der RWGV jetzt zwei Pilotprojekte, mit denen der genossenschaftliche Breitbandausbau in NRW erprobt wird. In Hagen können neben Firmen auch Privatleute Mitglieder der erst noch neu zu gründenden kommunalen Breitbandgenossenschaft werden. Beim zweiten Modell in Ostwestfalen-Lippe, und zwar in den Kreisen Paderborn und Gütersloh, sollen die Kommunen selbst die Genossenschaft tragen.

Der Auftrag des NRW-Wirtschaftsministeriums lautet: übertragbare Modelle entwickeln, um später den Ausbau auch in anderen Regionen voranzutreiben. Federführend für die Gründung der Genossenschaft voraussichtlich im Mai 2016 ist die Hagen-Agentur für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing. „Die Genossenschaft finanziert den Ausbau eines neuen, leistungsstarken Glasfasernetzwerkes im Gewerbegebiet Lennetal und vermietet es an Telekommunikationsunternehmen“, erläutert Michael Ellinghaus das Prinzip. Für den Geschäftsführer der Hagen-Agentur steht aber auch fest: „Das Glasfasernetz würde so unabhängig von einem einzigen Anbieter sein. Die Mittel für den Breitbandausbau können nicht allein von der Genossenschaft kommen. Geplant ist, Geld zu günstigen Bedingungen auch bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu leihen.“ Für den NGA-Netzausbau wird die Hagen-Agentur deshalb gemeinsam mit der Stadt, der Märkischen Bank eG, der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer (SIHK) zu Hagen und den Wirtschaftsjunioren Hagen/Ennepe-Ruhr e.V. die BreitbandGenossenschaft Hagen eG gründen. „Unser Ziel ist es, für weitere Ausbaugebiete die bestehende Genossenschaft entweder zu erweitern oder andere individuelle Ausbaustrategien festzulegen und diese bis zum Jahr 2019 umzusetzen“, so Ellinghaus.

Nur wer sich beteiligt, bekommt einen Anschluss. Wir wollen verhindern, dass Trittbrettfahrer mitreisen.

Michael Ellinghaus, Geschäftsführer der Hagen-Agentur

50 Mbit auf dem Land

„Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir zusammen.“ Für Hagens parteilosen Oberbürgermeister Erik O. Schulz ist das genossenschaftliche Prinzip auch auf den Breitbandausbau übertragbar. Alle etwa 350 Unternehmen im Industriegebiet Lennetal sind nun aufgefordert, der Genossenschaft beizutreten. Nur dann können die notwendigen Finanzmittel für den so oft geforderten Breitbandausbau bereitgestellt werden.

Klar ist: „Nur wer sich beteiligt, bekommt einen Glasfaseranschluss. Wir wollen verhindern, dass Trittbrettfahrer mitreisen“, so Michael Ellinghaus. „Auch Anwohner angrenzender Wohngebiete können beitreten.“ Funktioniert das Experiment, könnte Hagen zum Vorbild für weitere Gewerbe- und Wohngebiete in ganz NRW werden.

www.breitband.nrw.de

FOTO: THOMBAL/FOTOLIA

Sorge um Mitgliederschwund

Feuerwehr und andere Vereine suchen engagierten Nachwuchs

Autor Ulf Buschmann

Von solch einer gut besuchten Jahreshauptversammlung können andere Vereine nur träumen. Fast alle Aktiven lauschen den Berichten des Ortsbrandmeisters, des Gerätewartes oder auch des Jugendwartes. Sie alle sind engagierte Mitglieder, die bei jedem Dorffest mit dabei sind: als Verkehrsregler beim Schützenfest, als Bespaßer beim Kinderferienprogramm, beim Umweltschutztag oder auch beim Ausflug der Grundschulkinder. So geht es jahrein jahraus bei der Feuerwehr Hemslingen-Sölingen im Landkreis Rotenburg zu. Die Mannen um Ortsbrandmeister Torsten Lindhorst sind so etwas wie ein sozialer Kristallisationspunkt der Gemeinde.

Hemslingen ist eine von sechs Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Bothel. Der Ort mit seinen knapp 1400 Einwohnern liegt rund 14 Kilometer von der Kreisstadt Rotenburg entfernt. Das Einsatzgebiet der Freiwilligen Feuerwehr Hemslingen-Söhlingen ist vergleichsweise klein. Im Jahr 2015 mussten die Kameraden nur sieben Mal zu Einsätzen ausrücken. Da bleibt genug Zeit, um sich für das Miteinander zu engagieren.

„Wir bringen uns sehr stark bei anderen Vereinen ein“, sagt Ortsbrandmeister Lindhorst. Im Ort seien traditionelle Strukturen noch nicht so stark am Schwinden, wie in anderen Gemeinden. So gibt es zum Beispiel noch sieben Vollerwerbs-Bauernhöfe, auf denen die Menschen arbeiten. Das heißt, sie sind vor Ort und engagieren sich dort. „Das traditionelle Netzwerk funktioniert hier noch, davon profitiert die Feuerwehr“, sagt Lindhorst. 107 Mitglieder verzeichnet die Statistik, davon gehören 33 zur Altersabteilung. Die anderen 74 Mitglieder können theoretisch jederzeit zu Einsätzen ausrücken. Das Durchschnittsalter der Aktiven liegt bei 38 Jahren und ist damit aus einsatztaktischen Gründen ideal. Dies betrifft die Einsätze genauso wie das Engagement bei Veranstaltungen und ähnlichen Dingen im Ort.

Ortsbrandmeister der Feuerwehr Hemslingen-Sölingen, Torsten Lindhorst

FOTO: REGINA MEYER

Der Ortsbrandmeister macht jedoch auch keinen Hehl daraus, dass es seit einigen Jahren schwerer ist, Menschen für das Engagement in der Feuerwehr und anderen Vereinen zu gewinnen. Lindhorst sagt: „Unser Nachwuchs kommt derzeit komplett aus der Jugendfeuerwehr. Quereinsteiger gibt es selten.“ Früher habe es auf dem Dorf die Feuerwehr, die Schützen, den Sportverein, die Kirchengemeinde und vielleicht noch die Landfrauen und die Landjugend gegeben. Alle Organisationen müssten heute um Mitglieder ringen. Den Grund dafür sieht Lindhorst – neben dem demografischen Wandel – unter anderem in der gestiegenen Mobilität. Die Leute könnten auch in der anderen Ortschaften ihre Freizeit verbringen.

Anzeige

CEB®

Die Energie-Effizienz-Messe

Kongressthemen
- Energie 4.0
- Virtuelle Kraftwerke
- KWK
- Smarte Quartiere
- Energiemanagement

Kongresse, Workshops, Best Practice & große Abendveranstaltung

29. - 30. Juni 2016, Messe Karlsruhe

Themen 2016

- Energieeffizente, intelligente Gebäude
- Technische Gebäuderüstung
- Industrieeffizienz
- Dezentrale, regenerative Energieerzeugung
- KWK & Virtuelle Kraftwerke
- Energieeffizienz Dienstleistungen

Fon +49 7121 30 16 - 0 • Fax +49 7121 30 16 - 100 • info@ceb-expo.de • www.ceb-expo.de

Sponsor: Vaillant

Netzwerk: aktivplus, Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V., gav energie, GIH, greenTec, LVI, pro PASSIVHAUS, INGBW

Medienpartner: DEMO

Veranstalter: REECO

Dem Leerstand getrotzt

Wie die kleine Stadt Hachenburg erfolgreich kreatives Ladenmanagement betreibt und so mehr Käufer anzieht

Autorin Karin Billanitsch

Der Alte Markt in Hachenburg (Westerwald) ist umgeben von schmucken Fachwerkhäusern, die sich mit renovierten Gründerzeitgebäuden und modernen Bauten abwechseln. Selbst an einem trüben Wintertag überqueren nicht wenige Passanten den Platz, schlendern in der Fußgängerzone. Das Pflaster im unteren Teil der Straße ist frisch renoviert. Während viele andere kleine und mittelgroße Städte in Deutschland mit Leerständen in besten Lagen und Abwanderung zu kämpfen haben, ist davon hier wenig zu spüren. Dass der Ort heute weniger als eine Handvoll leere Läden hat und ein Anziehungspunkt für viele Menschen aus der Region ist, ist unter anderem das Verdienst eines engagierten Bürgermeisters und seiner Mitstreiter: „Wir haben das Leerstandsmanagement zur Chefsache gemacht“, sagt Peter Klöckner (SPD), viele Jahre Bürgermeister der Stadt Hachenburg und heute Chef der gleichnamigen Verbandsgemeinde.

Andernorts kehren viele Geschäftsinhaber den Städten und Gemeinden den Rücken. Schilder, auf denen „Alles muss raus!“, „Geschäftsaufgabe“ oder „Zu vermieten“ steht – das ist triste Realität in vielen Schaufenstern in kleinen und mittleren Zentren. Zehn Prozent Leerstand im Schnitt schätzt der Einzelhandelsverband HDE, in ländlichen Gebieten sind aber 20 Prozent und mehr keine Seltenheit. Zu schaffen machen den Händlern unterschiedliche Gründe: Sei es, dass die Konkurrenz von Supermärkten, Discountern und Filialisten auf der grünen Wiese Kunden und deren Kaufkraft abzieht, sei es, dass immer weniger Menschen im ländlichen Raum wohnen wollen. Neben dem demografischen Wandel droht nach Ansicht von Experten der zunehmende Online-Handel die Verödung der Innenstädte zu beschleunigen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht sogar bis zu 50.000 Geschäfte im kommenden Jahrzehnt in den Zentren in Gefahr.

„Man kann den Verbrauchern nicht vorschreiben, wo sie einkaufen“, sagt Uwe Zimmermann vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Sie gehen online, bestellen bei Versandhäusern, kaufen bei anderen Anbietern. Das führt dazu, dass der Umsatz im Einzelhandel sinkt. Das geschieht zwar nicht von heute auf morgen, macht sich aber bemerkbar. „Wenn der letzte Metzgerladen in einer Stadt geschlossen hat, ist das Geschrei groß. Die Supermärkte können natürlich Preise bieten, mit denen Fachgeschäfte nicht konkurrieren können.“

Die Verwaltung hat mehr als 20 Millionen Euro investiert, um die Innenstadt wieder attraktiv zu machen.

Peter Klöckner, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hachenburg (SPD)

Stehen erst einmal die Läden leer, verlieren die Zentren an Anziehungskraft – eine Abwärtsspirale. Diese negativen Vorzeichen hat auch Peter Klöckner erkannt. „Den Tiefpunkt der Entwicklung haben wir um das Jahr 2000 gehabt. Wir hatten in der Innenstadt einen Ladenleerstand von etwa 20 Prozent. Wenn sich die Einzelhändler trafen, ging der Blick in die Runde, wer wohl der Nächste sein wird?“ Klöckner hat die Hauseigentümer, deren Häuser leer standen, eingeladen, und konfrontiert: „Bleibt ihr bei den hohen Mieten – mit den bekannten Folgen? Oder seid ihr bereit, weniger zu verlangen oder zu verkaufen?“ Er konnte viele Hauseigentümer dazu bewegen, sich von den Immobilien zu trennen oder andere Preise zu akzeptieren. In einem zweiten Schritt hat die Stadt nach Interessenten gesucht, die nach Hachenburg kommen könnten.

„Es ist gute Übung und Kultur, dass sich in den Städten und Kommunen die Wirtschaftsförderung mit dem Handel für eine Bestandsaufnahme zusammensetzt, betont auch Uwe Zimmermann und zählt Beispiele auf: „Gibt es Ladenflächen? Wo sind Parkplätze, gibt es Tempo-30-Zonen?“ Auch in Hachenburg half der Schulterschluss: „Die Einzelhändler bekamen einen direkten Draht in die Verwaltung. Die Inhaber konnten sich mit allen Anliegen melden, die sie bewegten“, erzählt Klöckner. „Das waren zum Teil keine großen Dinge, sondern Banalitäten des Alltags. Eine kaputte Straßenlampe, ein Schlagloch in der Straße. Wir haben uns zur Vorgabe gemacht, alles was am Morgen gemeldet wurde, bis zum Abend zu erledigen“, sagt Klöckner. Das habe die Einzelhändler beeindruckt.

Mittlerweile läuft der Laden: Die Stadt hat mehr als 20 Millionen Euro investiert, um die Innenstadt attraktiv zu machen. Dazu kommen kreative Ideen: Viele kulturelle Veranstaltungen ziehen Menschen aus dem Einzugsgebiet rund um Hachenburg an, wo etwa 40.000 Bürger leben. Diese Politik spiegelt sich heute nicht nur in einer recht lebendigen Einzelhandelsstruktur, die von Fachgeschäften geprägt ist, sondern kehrt sogar den demografischen Trend um: Heute hat die Hachenburger Innenstadt mehr Einwohner als vor 30 Jahren, vor allem mehr jüngere Einwohner. Waren es im Jahr 1985 rund 4500 Bürger, wohnen heute rund 6000 Menschen hier. In Zeiten, wo Abwanderung aus ländlichen Räumen das Bild bestimmt, ein Erfolg.

Blick in die Fußgängerzone von Hachenburg: Die Stadt investiert viel Geld, um die Innenstadt attraktiv zu machen.

FOTO: WWW.FOTO-FANDLER.DE

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Was brauchen die Menschen vor Ort?

Die Lebensbedingungen auf dem Land haben sich rasant verändert. Das gefährdet den sozialen Zusammenhalt

Autor Jens Zimmermann, MdB, Projektleiter #NeuerZusammenhalt

Ziel der SPD-Fraktion ist es, die öffentliche Daseinsvorsorge auch in dünn besiedelten Gebieten zu sichern, soziale Orte zu schaffen und Wertschöpfungspotenziale in strukturschwachen Regionen zu unterstützen.

Damit in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse vorhanden sind, müssen alle Städte und Gemeinden in der Lage sein, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge anzubieten. Ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr, hochwertige Gesundheitsversorgung, gute Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie ein Breitbandanschluss – all das darf nicht vom Wohnort abhängen. Viele Landkreise und Kommunen sehen sich wegen der demografischen Entwicklung immer weniger imstande, den Bürgerinnen und Bürgern die Versorgung zu bieten, die diese erwarten.

Stadtleben und Landflucht

Die Ursachen für die Landflucht sind vielfältig. Zunächst hat das eigene Auto die Menschen mobiler gemacht. Indem der Radius des täglichen Lebensumfeldes größer wurde, verteilten sich die Angebote der Daseinsvorsorge neu: Der Supermarkt in der Nachbargemeinde und die Geschäfte in der nächsten Stadt boten mehr als die Dorfläden um die Ecke. Handwerker wie Schuster, Schneider, Schreiner und Schmied werden verdrängt durch deutlich günstigere industrielle Produktion. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich seit 1990 halbiert. Diese strukturellen Veränderungen haben dazu geführt, dass zahlreiche Arbeitsplätze ersatzlos weggebrochen sind.

Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich die Studienanfängerquote von rund 25 Prozent im Jahr 1993 auf über 53 Prozent im Jahr 2012. Junge Menschen sehen ihre Zukunft in Berufen, die auf dem Land nicht (mehr) existieren.

Es gibt aber auch umgekehrte Bewegungen. Manche Familien ziehen von der Stadt ins Dorf oder ins Umland von Metropolen. Die Integration der zugezogenen Städter in die Dorfgemeinschaft oder in die Stadt-Umland-Gemeinde gelingt nicht immer. Viele Stadtflüchtige haben ihren Lebensmittelpunkt weiterhin in der Stadt.

Insgesamt betrachtet führen diese Bewegungen dazu, dass in vielen Dörfern, Stadtumlandgemeinden und auch in manchen Kleinstädten Angebote der Daseinsvorsorge und der soziale Zusammenhalt leiden. Die Vorteile des ländlichen Lebens – wie Nachbarschaftshilfe und Dorfgemeinschaft, Vereinsleben und das Aufwachsen in einem Umfeld, in dem man sich kennt – gehen verloren.

MdB Jens Zimmermann

Den sozialen Zusammenhalt nicht dem Zufall überlassen

Die SPD-Bundestagsfraktion findet sich damit nicht ab. So hat sie die Mittel der Städtebauförderung deutlich angehoben. Daraus stellt der Bund für „kleinere Städte und Gemeinden" jährlich 70 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen bereit. Dazu kommen bis 2019 über zwei Milliarden Euro für den Breitbandausbau in der Fläche.

Um Städte und Gemeinden zielgerichteter zu unterstützen, beschäftigt sich in der SPD-Bundestagsfraktion die Projektgruppe #NeuerZusammenhalt mit der Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge, inklusiver Mobilität, Gesundheits- und Nahversorgung sowie der Schaffung von „sozialen Orten", die den Zusammenhalt fördern.

Mobil sein ohne eigenes Auto ist ein Grundpfeiler der Daseinsvorsorge. Die Projektgruppe hat dazu ein erstes Dialogpapier veröffentlicht. Es geht unter anderem um die Erleichterung von Zulassungsbedingungen für private Mitnahmen und um Synergieeffekte beim Kombi-Bus. Dialogpapiere zu den weiteren Themen folgen.

Wertschöpfungspotenziale unterstützen

Erleichterungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge aber reichen nicht. Die Projektgruppe beschäftigt sich deshalb darüber hinaus mit Wertschöpfungspotenzialen strukturschwacher Regionen. Es gibt ländliche Regionen, in denen sich Weltmarktführer angesiedelt haben; sie stabilisieren diese Räume wirtschaftlich und sozial. Und es gibt weitere erfolgreiche Beispiele für die Wiederbelebung wirtschaftlicher Potenziale in Städten und Gemeinden. In einigen Orten könnte manch alte Tradition oder ein spezifisches Handwerk wiederbelebt werden, auch architektonische Besonderheiten spielen eine wichtige Rolle. In anderen Orten eröffnet der Strukturwandel selbst neue Perspektiven, zum Beispiel in der Energiewirtschaft. Die Digitalisierung bietet weitere Chancen für Unternehmer, ortsunabhängig weltweit aktiv zu sein. Auch hierzu wird ein Dialogpapier veröffentlicht.

Wir freuen uns auch auf Ihre Erfahrungen, Vorschläge und Ideen. Mehr zu dem Projekt und dem Dialogprozess finden Sie auf**:**
www.spdfraktion.de/projekt-zukunft/neuer-zusammenhalt

V.i.S.d.P.:
Petra Ernstberger, Parlamentarische Geschäftsführerin,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20,
petra.ernstberger@spdfraktion.de

FOTOS: MARLENE BLEICHER UND SPD-FRAKTION

Integration nicht ohne die Kommunen

Kommunale bei Konferenz der SPD-Fraktion in Berlin

Es gebe einen ganz gefährlichen Satz, der „sich gerade in die Mitte unserer Gesellschaft frisst", warnte Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) auf einer kommunalen Konferenz der SPD-Fraktion. Er würde lauten „Für die macht ihr alles, für uns macht ihr nichts!", sagte Gabriel. Er sieht darin einen „Angriff auf

Fordert finanzielle Unterstützung für die Kommunen: SGK-NRW-Chef Bernhard Daldrup

das Solidaritätsgefüge unserer Gesellschaft". Denn er spalte in die, die kommen, und die, die da sind. Die SPD habe eine doppelte Aufgabe der Integration, nämlich sich um beide zu kümmern. Fraktionschef Thomas Oppermann äußerte, auf kommunaler Ebene sei bereits Großartiges geleistet worden, aber „jetzt geht es darum, die Flüchtlinge mit Bleiberecht auch in unsere Gesellschaft zu integrieren: Diese Integration findet kommunal statt, oder sie findet gar nicht statt". Die SPD-Fraktion hatte Bürgermeister und Landräte nach Berlin geladen, um die aktuellen Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik zu diskutieren und darüber zu reden, was die Vorstellungen der Akteure sind. Gerade wird das Integrationskonzept des Bundes zwischen den Koalitionspartnern verhandelt.
„Wir wollen auf die Erfahrung vor Ort zurückgreifen", sagte Oppermann. MdB Bernhard Daldrup, Geschäftsführer SGK NRW, fügte hinzu, die Kommunen bräuchten für die Erledigung ihrer Aufgaben neben einem sicheren Rechtsrahmen notwendige Förderprogramme und finanzielle Unterstützung. Daldrup: „Die Kommunen müssen über alles gesehen in Deutschland 50 Milliarden Euro für soziale Leistungen ausgeben, völlig unabhängig von der Frage der Integration von Flüchtlingen." *KB*

Standpunkt

Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Der Deutsche Städtetag hat bei seiner Hauptversammlung im Jahr 2015 als zentrales Thema die wachsende „Heterogenität" zwischen Städten und Regionen aufgerufen. Die Ungleichheit der Finanzausstattung, der Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Kommunen, die Ungleichheit zwischen Wachsen und Schrumpfen nehmen in Deutschland zu. Die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung ergeben ein ausgesprochen heterogenes Bild.

Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen sichern

Einfache Formeln für diese Unterschiedlichkeit gibt es nicht. Begriffe wie Süd-Nord-Gefälle, West-Ost-Gefälle, Stadt-Land-Gefälle tragen nicht alleine, dafür sind die Verschiedenheiten zu sehr von verschiedenen Faktoren geprägt. Unterschiede liegen nicht nur zwischen den Regionen und Städten, sie drücken sich auch innerhalb der Regionen und Städte aus. Wir beobachten eine verstärkte räumliche Segregation der Wohnbevölkerung. Die Bildungsunterschiede klaffen wieder weiter auseinander. Teilhabechancen hängen im Ergebnis von den Wohnorten ab. Soziale Unterschiede wachsen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Es ist ein sozialdemokratisches Grundanliegen, diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen herzustellen, ist ein von der Sozialdemokratie in der bundesdeutschen Gesellschaft in den 60er und 70er Jahren als wesentliche Komponente einer sozialstaatlichen Ausrichtung der Politik durchgesetztes Ziel. Dieses wurde nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nach 1989 auch explizit für die Beitrittsländer im Osten Deutschlands betont. In Artikel 72 des Grundgesetzes wird festgestellt, dass der Bund zur Erreichung des Ziels der gleichwertigen Lebensverhältnisse für bestimmte Politikfelder die Gesetzgebungskompetenz hat.

Um es noch einmal klarzustellen, mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht eine Gleichartigkeit oder Gleichheit der Lebensverhältnisse gemeint. Vielmehr geht es aufgrund der Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse darum, denjenigen, die über schlechtere Ausgangs- und Rahmenbedingungen verfügen vergleichbare Chancen zu verschaffen, an dieser Gesellschaft teilzuhaben und seine oder ihre Aufstiegschancen zu nutzen. Es darf nicht vom Wohnort oder der Herkunftsregion abhängen, welche Chancen jemand in dieser Gesellschaft hat. Deshalb sind die sozialstaatlichen Ausgleichmechanismen, die wir im Bereich unseres Finanzsystems und in den vielfältigen Unterstützungsformen strukturschwächerer Regionen und Städte finden, notwendige Instrumente, um dem Wachsen der Unterschiede entgegenzuarbeiten. Wettbewerbsföderalismus und die Regionalisierung der Gesetzgebungskompetenzen widersprechen diesem Ziel und sollten von der SPD abgelehnt werden.

Delegiertenversammlung der Bundes-SGK

„Zusammenhalt in den Kommunen stärken – Integration jetzt!" – unter diesem Motto findet am 22. und 23. April 2016 in Potsdam die 16. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK statt. Zentrales Thema ist die Integration der Asylsuchenden und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in den Kommunen. „Zukunft der Kommunalfinanzen", „lokale Demokratie" sowie „kommunale Entwicklungszusammenarbeit" sind weitere Themenbereiche, zu denen die Bundes-SGK Leitanträge diskutieren und beschließen wird. Die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK ist die größte regelmäßig stattfindende Zusammenkunft sozialdemokratischer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Deutschland. Insgesamt werden über 500 Delegierte und Gäste sowie hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der Bundes- und Landespolitik erwartet, darunter als Redner der Hamburger Bürgermeister und SPD-Vize Olaf Scholz, Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, Staatsministerin Aydan Özoguz und Gesine Schwan. Die Einladungen werden Anfang März versendet. *SGK*

Programm und Informationen:
www.bundes-sgk.de

Neue Referentin der Bundes-SGK

Simone Prühl wird künftig im Team der Geschäftsstelle der Bundes-SGK als Referentin für die Themenbereiche Sozial-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik zuständig sein. Die 37-jährige Politologin war von 2006 bis 2014 Referentin im Bundestagsbüro der damaligen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und zuletzt bei einem Verband der Immobilienwirtschaft tätig. Sie tritt ihre Stelle am 15. März 2016 an. *SGK*

FOTOS: UTE GRABOWSKY / PHOTOTHEK.NET, PRIVAT

NWMD
Gesellschaft für
Kommunikation

MACH'S MIT GENOSSEN

Wir sind eine Tochter des Berliner vorwärts Verlags. Unser Spezialgebiet ist die politische Kommunikation.

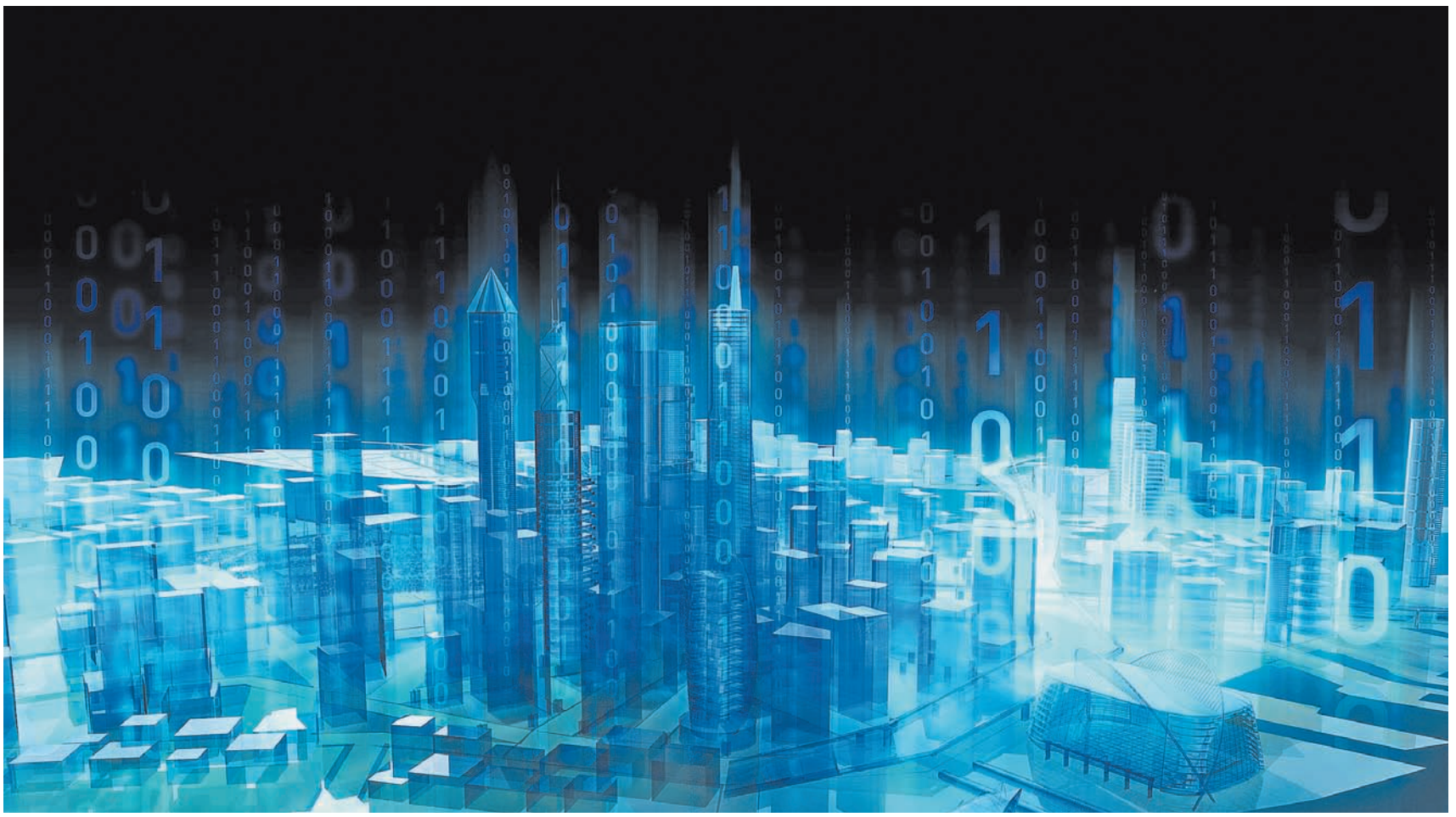
Wir konzipieren und realisieren **Kampagnen, Printmedien, Onlineprojekte** und machen **mobile Kommunikation** möglich.

Unser Prinzip heißt Maßanzug: Wir entwerfen gemeinsam mit unseren Kunden einen perfekt sitzenden Medienmix. Weil nur zielgenaue Kommunikation ankommt.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

info@nwmd.de | 030 740 731 672 | www.nwmd.de Network Media GmbH

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 03-04/2016



Die Digitalisierung verändert die Städte und Gemeinden – und auch ihre Verwaltung. Viele Kommunen nutzen die neuen Möglichkeiten aber nur zögerlich.

E-Government-Nutzung kommt nicht voran

Laut einer Umfrage sind viele Bürger mit den Online-Angeboten der deutschen Behörden unzufrieden

Autor Till Rasch

Report E-Government / Moderne Verwaltung

Der „eGovernment Monitor 2015" der Initiative D21 brachte es an den Tag: Während in Vergleichsländern ein kontinuierlicher Anstieg der E-Government-Nutzer auf bis zu 75 Prozent zu verzeichnen ist, bewegen sich die Zahlen in Deutschland nur um die 40-Prozent-Marke. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich im Jahr 2015 sogar ein Rückgang um sechs Prozentpunkte auf 39 Prozent.

Die mangelnde Bekanntheit vieler Online-Angebote ist nach Einschätzung der Befragten die wichtigste Hürde für eine intensivere E-Government-Nutzung. Zudem werden die Internetseiten der Verwaltungen von 54 Prozent der Befragten als unübersichtlich und schlecht strukturiert bewertet. Auch die Rückmeldungen zur Zufriedenheit mit verschiedenen Merkmalen von Online-Bürgerdiensten der eigenen Stadt oder Kommune fallen in Deutschland eher schlecht aus. Vor allem bei den Aspekten Bequemlichkeit, Schnelligkeit der Bearbeitung und vollständige Online-Abwicklung sind die Befragten in Deutschland bezogen auf das Online-Angebot an ihrem Wohnort besonders unzufrieden.

Als zweitwichtigste Hürde für die E-Government-Nutzung wird die mangelnde Durchgängigkeit von elektronischen Bürgerdiensten gesehen. Der Vorteil der E-Government Angebote gegenüber der herkömmlichen Abwicklung ist oft einfach zu gering. Besonders deutlich wird dies, wenn bei der am häufigsten genutzten Anwendung, der elektronischen Steuererklärung, in den meisten Fällen weiterhin Papierbelege per Briefpost den elektronischen Daten hinterher gesendet werden müssen.

E-Government als Marke stärken

Professor Helmut Krcmar vom „Institute for Public Information Management" (ipima) an der Technischen Universität München fasst zusammen: „E-Government muss in Deutschland als positiv besetzte Marke gestärkt werden. Dazu gehört natürlich auch der Ausbau von Online-Angeboten, die einen echten Vorteil bieten. Die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren des E-Government ist wichtig, um die herrschende Unsicherheit und Skepsis hinsichtlich des Online-Angebots der Verwaltung in eine positive Erwartungshaltung zu wenden." Hannes Schwaderer, Präsident der Initiative D21, fügt hinzu: „Die öffentliche Verwaltung ist mit ihren Diensten an alltäglichen und entscheidenden Momenten im Leben der Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Damit der Staat nicht zur Bremse einer modernen Gesellschaft wird, ist die Modernisierung der Verwaltung ein erklärtes Ziel. Denn wirklich angekommen sind die online-basierten Dienstleistungen bei den Adressaten in Deutschland noch nicht.

Deutschland nur Elfter

Zu ähnlichen Aussagen kommen auch andere: Im Oktober 2015 vermeldete der Digitalverband Bitkom: „Die Nutzung von E-Government kommt in Deutschland nur langsam voran" und verweist auf Daten der europäischen Statistikbehör-

FOTO: PINGINGZ - FOTOLIA

de Eurostat. Demnach nutzt nur gut die Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent) das Internet zur Interaktion mit Behörden, etwa um Auskünfte einzuholen oder Formulare herunterzuladen. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich nach wie vor nur im Mittelfeld, auf Rang 11 aller EU-Mitgliedsländer. Spitzenreiter ist Dänemark, wo 84 Prozent der Bürger E-Government-Angebote nutzen. „Mithilfe des Internet können Behördengänge in vielen Fällen deutlich unkomplizierter und schneller erledigt werden als mit einem persönlichen Erscheinen auf dem Amt", sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. „Hier verschenken sowohl Bürger als auch Verwaltungen wertvolle Möglichkeiten."

Warum aber nutzen Bürger, die online Bücher kaufen, Urlaube buchen oder ihre Wohnung tauschen, kaum E-Government-Lösungen? Bitkom-Chef Rohleder hat unter anderem ein Informationsdefizit ausgemacht: „Hier muss noch stärker als bislang aufgeklärt werden", fordert er. Zudem würden die Möglichkeiten des E-Government noch nicht konsequent realisiert. Und selbst dort, wo Online-Angebote gemacht werden, seien sie oftmals nicht nutzerfreundlich.

Viele Inseln – einsame Leuchttürme

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) stellt fest: „Nutzung elektronischer Verfahren völlig unzureichend!" Im November 2015 hat das Gremium ein Gutachten veröffentlicht, das von der Fraunhofer Gesellschaft erstellt wurde. Johannes Ludewig, Vorsitzender des Normenkontrollrats, stellt dazu fest: „Wir haben in Deutschland eine heterogene und zerklüftete IT- und E-Government-Landschaft mit vielen Insellösungen und einsamen Leuchttürmen."

Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) stellt Deutschland in ihrem aktuellen Jahresgutachten, welches im Februar 2016 der Bundesregierung vorgestellt wurde, kein gutes Zeugnis aus, was die Digitalisierung betrifft. Neben dem Mittelstand ernten auch Politik und Verwaltung massiv Kritik. Das Internet mache sich in vielen Lebensbereichen nicht direkt als neue Technologie, sondern vielmehr als Grundlage für neue digitale Geschäftsmodelle bemerkbar, schreibt die Expertenkommission. Software- und internetbasierte Technologien wie „Cloud Computing" und „Big Data" ermöglichten Innovationen mit weitreichenden Folgen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würden durch diese Entwicklung vor große Herausforderungen gestellt.

FOTO: ZEROPHOTO - FOTOLIA

Nicht konsequent: Behörden setzen oft nur halbherzig auf Online-Angebote.

Die Expertenkommission kritisiert darüber hinaus, dass „die deutsche Politik derzeit insgesamt zu sehr auf Anpassung und Verteidigung etablierter deutscher Stärken ausgerichtet ist". Die Gestaltungsmöglichkeiten der Digitalisierung würden nicht ausreichend berücksichtigt. Zum Thema E-Government in Deutschland heißt es lapidar: Es ist viel Luft nach oben.

Weitere Informationen

www.egovernment-monitor.de/
www.bitkom.org
www.normenkontrollrat.bund.de
www.e-fi.de/

Anzeige

eBilanz ONLINE

E-Bilanzen kostengünstig an die Finanzverwaltung übermitteln!

Die Online-Lösung zur Erfüllung der aktuellen steuerlichen und handelsrechtlichen Vorgaben.

JETZT KOSTENLOS ANMELDEN!
www.ebilanz-online.de

JETZT NEU AUCH FÜR:
• Betriebe gewerblicher Art
• Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe

www.ebilanz-online.de

Bundesanzeiger Verlag | IN KOOPERATION MIT fwsb

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 03-04/2016

„Wir brauchen Mut für den Wandel"

Ein Fachgespräch mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken und dem Experten für neue Technologien Dirk Arendt über Digitalisierung und Sicherheit in den Verwaltungen

Das Interview führte Henning Witzel

Die umfassende Digitalisierung ist in aller Munde, doch immer wieder wird beklagt, Deutschland sei viel zu zögerlich.

ARENDT: Der digitale Wandel verlangt Menschen und Organisationen viel Mut zur Veränderung ab, und sie brauchen die Zuversicht, daran teilzuhaben, ohne Schaden zu nehmen. Neue Kommunikationsformen und Dienstleistungen werden zwar genutzt, doch cyberkriminelle Angriffe hinterlassen ebenso wie die offenbar allgegenwärtige Überwachung ein diffuses Gefühl der Verletzbarkeit.

ESKEN: „Digitale Sorglosigkeit" gibt es nicht. Die Menschen erwarten vom Staat die Durchsetzung ihrer Rechte und den Schutz vor Diskriminierung, vor Datenmissbrauch und Spionage.

Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft macht auch vor der Verwaltung nicht halt – warum geht es beim E-Government kaum voran?

ARENDT: Natürlich sieht auch die Verwaltung sich diesem digitalen Wandel gegenüber, und wegen der hohen Fluktuation und einem immensen Rückgang der Stellen ist ein Wandel dringend notwendig. Bis heute haben wir es aber leider kaum geschafft, die Politik auf allen Ebenen von der digitalen Modernisierung der Verwaltung zu überzeugen. Auf der anderen Seite verlangt so ein Kulturwandel den Mitarbeitern einer Verwaltung ja auch viel Mut zur Veränderung ab. Modernisierung sollte nicht immer nur als Mittel zur Einsparung daherkommen, sondern muss auch eine positive Motivation in den Fokus nehmen.

ESKEN: Organisationsentwicklung heißt das Zauberwort, wenn eine Verwaltung sich neu erfinden soll, sich vom Kunden her betrachten und seine Zufriedenheit, aber auch die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter im Blick haben soll.

ARENDT: Vom Kunden her betrachten ist genau richtig, dafür wurden ja die „Lebenslagen" entwickelt. Die darf man aber nicht nur für die Benutzer-Oberfläche definieren, man muss sie auch mit durchgängig digitalisierten, medienbruchfreien Prozessen hinterlegen. Dazu kommt Transparenz, die die Akzeptanz verbessert und Innovation ermöglicht. Und wir müssen die Regelungswut eindämmen. Nicht alle Regelungen, die früher einmal hilfreich oder zumindest unschädlich waren, müssen heute aufrechterhalten bleiben.

Müsste der Staat nicht mit einer modernen und effizienten, digital gewandelten Verwaltung vorangehen? Gerade um zu zeigen, dass Vertrauen in die digitalen Möglichkeiten gerechtfertigt ist. Warum ist die Politik so schwer zu überzeugen?

ESKEN: Bei der Verbesserung des Datenaustauschs für Geflüchtete, die der Bundestag vor einigen Wochen beschlossen hat, haben wir gesehen, dass die Politik durchaus handlungsfähig ist. Jetzt folgt die Umsetzung in der Verwaltung – vor uns liegt ein sicher aufschlussreiches Experiment zur digital gestützten Zusammenarbeit über die Grenzen von Verwaltungsebenen und -ressorts hinweg.

ARENDT: Gerade in der Situation der ankommenden Flüchtlinge sehen wir ja auch, welchen Mehrwert die Zivilgesellschaft leisten kann. Vielerorts öffnet sich die Verwaltung jetzt gerade auf kommunaler Ebene für die Mitwirkung der Zivilgesellschaft und bezieht diese in ihre originären Aufgaben ein. Für die Organisation dieser Zusammenarbeit bieten digitale Medien optimale Unterstützung – wenn die Verwaltung sich darauf einlässt.

Auch die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sind gegenüber der Cloud-Technologie, datengetriebenen Geschäftsmodellen und plattformgestützten Wertschöpfungsketten skeptisch, während die Zahl der IT-Sicherheitsvorfälle auch in den KMUs täglich steigt. Was steckt dahinter?

ESKEN: Die KMUs haben den Mehrwert digitaler Technologien für ihre Produktivität erkannt, doch fehlt es am grundlegenden Wissen und am Zugang zu IT-Sicherheitsverfahren – und damit am Vertrauen darin.

ARENDT: Wenn wir den digitalen Wandel in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft zum Erfolg führen wollen, dann müssen die Menschen sich damit sicher fühlen. Das IT-Sicherheitsgesetz ist ein erster Schritt, doch Vertrauen kann nicht von oben verordnet werden.

Es braucht also mehr Wissen und mehr Vertrauen in Datenschutz und IT-Sicherheit, damit Menschen und Unternehmen sich auf die Digita-

VIREN-GEFAHR

17.000

Rechner wurden im Februar in Deutschland an einem einzigen Tag mit dem Trojaner „Locky" infiziert.

QUELLE: SPIEGEL ONLINE, 19.1.2016

Dirk Arendt verantwortet den Bereich „Public Affairs und New Technologies" für die Check Point Software Technologies GmbH.

Saskia Esken (SPD) ist Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda des Bundestags.

FOTOS: SASKIA ESKEN, DIRK ARENDT

lisierung einlassen. Wie kann das bewirkt werden?

ARENDT: Um die Bedeutung der IT-Sicherheit zu transportieren, müssen wir einerseits auf die realen Gefahren hinweisen, gleichzeitig aber auch deutlich machen, dass und wie man sich schützen kann. Die Bedrohungslage ist ja geradezu explodiert: Immerhin wurde allein in den vergangenen beiden Jahren mehr Schadsoftware aufgedeckt als in den zehn Jahren davor zusammen. Wir registrieren an manchen Tagen bis zu drei Millionen Angriffe weltweit.

ESKEN: Leider ist vielen nicht bewusst, dass der Schaden, der beispielsweise durch den Diebstahl von Daten verursacht wird, genauso handfest ist wie der Diebstahl von Gegenständen in der analogen Welt.

Reicht es denn nicht, die Geräte und die Software sicher zu machen? Warum müssen die Nutzer denn so gut Bescheid wissen?

ARENDT: Viele Angriffe nutzen die fehlende Kenntnis der Nutzer. Mit privaten Daten verschafft man sich umfassenden Zugang zu Rechnern und durchdringt und schädigt in der Folge die gesamte IT einer Institution – nur weil ein Nutzer unbedacht den Anhang einer E-Mail unbekannter Herkunft geöffnet hat.

ESKEN: Dazu kommt der wachsende Einsatz mobiler Geräte: Smartphones und Tablets sind vernetzte Hochleistungsrechner – und ihre Sicherheit wird behandelt, als handele es sich um ein altes Telefon. Je mehr die mobilen Endgeräte gleichzeitig privat und beruflich genutzt werden, desto mehr muss ihre Angreifbarkeit ins Bewusstsein von Nutzern und Unternehmen gerückt werden.

Es ist ja aber nicht so, dass diese Informationen nicht zur Verfügung stünden. Wie wollen Sie dieses Bewusstsein und das nötige Wissen wirklich effektiv verbreiten?

ESKEN: Man muss die reale Gefährdung durch Cyberkriminalität bewusst machen, ohne Ängste zu schüren und dabei deutlich machen: Man kann sich schützen! Dafür braucht es eine professionelle Kampagne, die statt unverständlicher Fachbegriffe Vergleiche aus dem analogen Leben nutzt.

ARENDT: Erinnern Sie sich noch, wie in den 70er Jahren der Sicherheitsgurt eingeführt wurde? Die Leute haben das erst wenig zur Kenntnis genommen. Eine umfangreiche Aufklärungskampagne verhalf dem Anschnallen mit einprägsamen Slogans zu wachsender Akzeptanz.

Gegen Viren kann man sich schützen. Dazu genügt es aber nicht, nur die Software sicherer zu machen. Oft sind es die Nutzer, die unbedacht infizierte Mails und Anhänge öffnen und somit zum Sicherheitsleck werden.

> **Modernisierung sollte nicht immer nur als Mittel zur Einsparung daherkommen.**
>
> Dirk Arendt

Heute ist das Anschnallen, gegen das viele sich vehement gewehrt hatten, den allermeisten in Fleisch und Blut übergegangen.

Und wenn so eine Kampagne dann erfolgreich abgeschlossen ist, dann wissen alle Bescheid, alle schnallen sich an, und dann ist alles gut?

ARENDT: Naja, so wie sich der Gurt weiterentwickelt hat und mittlerweile von Airbags und anderen aktiven und passiven Sicherheitseinrichtungen ergänzt wird, so entwickeln sich natürlich auch die digitalen Technologien weiter und auch die kriminellen Angriffsszenarien, die Abwehrstrategien und Schutzmechanismen der IT-Sicherheit. Das ist ein steter Prozess, und deshalb muss auch das Wissen darum stets aktuell gehalten werden.

ESKEN: Angesichts der Bedrohungslage durch cyberkriminelle Angriffe müssen die Verwaltungen jetzt auch die IT-Sicherheit aus der Techniknische holen, zur strategischen Chefsache erklären und dafür sorgen, dass das nicht nur die IT betrifft sondern Teil der Unternehmenskultur wird. Hier hilft zum Beispiel auch die Transparenz nach den Angriffen auf zahlreiche Krankenhäuser in Deutschland: Art der Angriffe, mögliches Abwehrverhalten, aber auch Schadenssummen werden öffentlich diskutiert.

Sind wir in Deutschland bei diesem Thema auf dem neuesten Stand? Sind wir wissenschaftlich gut aufgestellt, haben wir gute Fachleute und gute Produkte?

ESKEN: Ich denke schon, dass die IT-Sicherheitsforschung ganz gezielt gefördert werden muss, wenn wir Schritt halten wollen. Wir müssen die Ausbildung stärken, denn wir haben einen eklatanten Mangel an IT-Sicherheitsfachleuten.

ARENDT: Am Ende kommt es aber auch darauf an, durch einen gewissen Nachfragedruck die technologische Entwicklung voranzutreiben. Denken Sie nur an die Umwelttechnologie – da sind wir in Deutschland technologisch führend geworden, weil eine strenge Gesetzgebung den Takt vorgegeben hat.

Was ist ihr Resümee?

ESKEN: Wenn wir Vertrauen und Zuversicht in die Digitalisierung stärken wollen, dann müssen wir Mut machen für den kulturellen Wandel. Wir müssen aber auch Bewusstsein für die Angreifbarkeit von IT-Systemen schaffen und gleichzeitig in Vertrauen und Akzeptanz für Sicherungsverfahren investieren.

ARENDT: Und bis die Anwendung von IT-Sicherheit so selbstverständlich ist wie das Anschnallen im Auto, ist es noch ein weiter Weg. Die Digitalisierung lässt uns aber nicht viel Zeit. Und hier sind Politik und Wirtschaft gefordert, schnell, entschlossen und gemeinsam zu handeln.

Mehr Informationen

dirkarendt.wordpress.com

saskiaesken.de

FOTOS: CHECK POINT, GUUKAA/FOTOLIA

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 03-04/2016

Expertise von außen nutzen

Können Kooperationen dem Thema E-Government neues Leben einhauchen?

Autoren Claus Wechselmann und Sönke E. Schulz, ÖPP Deutschland AG

Aus technischer Sicht waren die Voraussetzungen für die strategische Nutzung von E-Government nie besser. Der Grad an Standardisierung und Interoperabilität der öffentlichen IT hat einen hohen Stand erreicht. Gleichzeitig werden fachliche Anforderungen innerhalb eines professionellen Anforderungsmanagements in bisher nicht dagewesener Effektivität umgesetzt.

Die Anforderungen sind gestiegen

In der Vergangenheit beschränkte sich E-Government oftmals auf den Bereich des Internetauftritts und einer Reihe von Informationsdiensten. Diese Services führten zu einem enormen Anstieg an Anforderungen und damit Mehraufwendungen bei redaktionellen Aufgaben und der IT-Sicherheit. Mit einem modernen E-Government kann nun die Chance ergriffen werden, eine höhere Wirtschaftlichkeit und nachhaltige Entlastung der Verwaltung zu erreichen. Erfolgreich umgesetzt wurden zum Beispiel schon regelbasierte Systeme im Bereich der Steuern und der E-Legislation, die eine direkte und flexible Adaption von rechtlichen Grundlagen in Fachanwendungen erlauben. Auch gibt es bereits Anwendungen, die die Signaturfunktion des neuen Personalausweises nutzen, sodass ein rechtssicherer Austausch zwischen Verwaltung und Bürger über das Internet möglich wird.

Claus Wechselmann, Vorstandsmitglied der ÖPP Deutschland AG

Sönke E. Schulz, Berater bei der ÖPP Deutschland AG

Kooperationen sind eine geeignete Möglichkeit, die zukünftigen Herausforderungen der öffentlichen IT zu bewältigen. Es entstehen zunehmend bundes-, landes- und europarechtliche Anforderungen, deren Erfüllung nur – oder besser – kooperativ gelingen wird. E-Government setzt auf ebenenübergreifende, medienbruchfreie Prozesse, die eine kommunalstaatliche Zusammenarbeit erfordern. IT-Projekte lassen sich zudem in der Regel nur unter Rückgriff auf spezifische Fähigkeiten und Kompetenzen sachgerecht durchführen. Diese Expertise lässt sich insbesondere auf Seiten der Kommunen nur bedingt vorhalten.

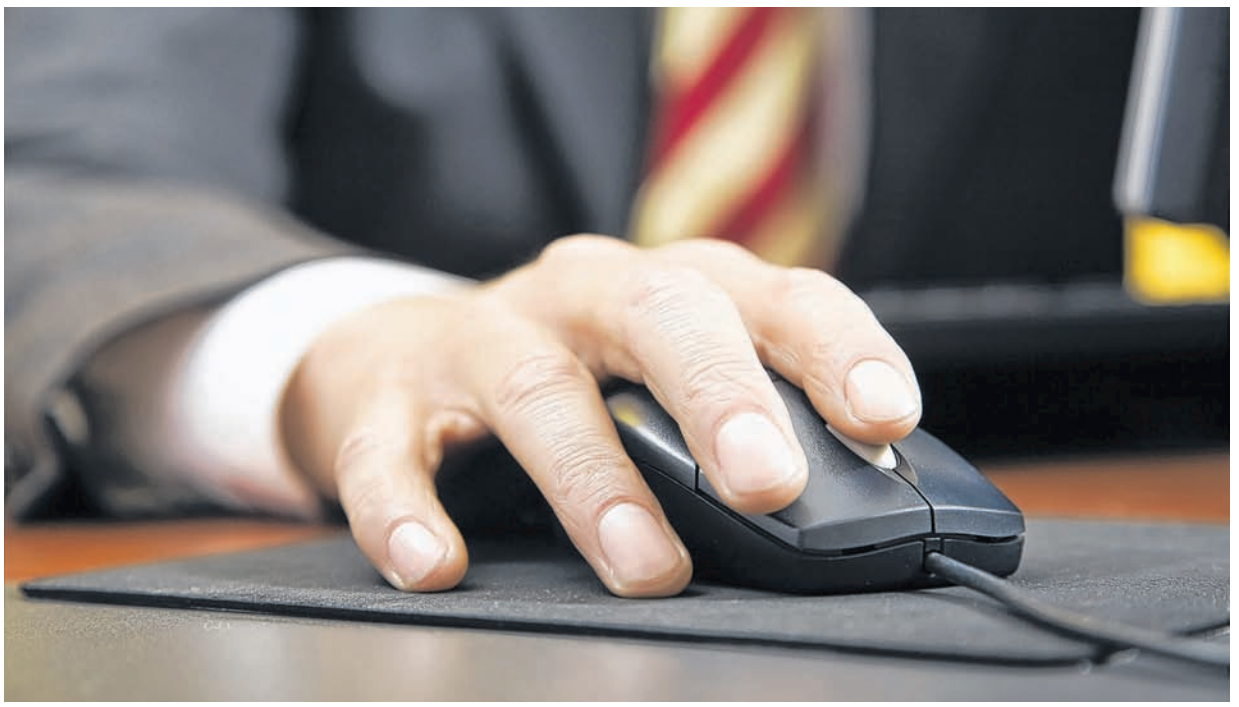
Dennoch ist es auf organisatorischer Ebene bisher nur partiell gelungen, entsprechende Kooperationsstrukturen zu etablieren. Und dies, obwohl der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in Zeiten knapper Kassen dazu zwingen sollte, die Synergien einer Kooperation zu nutzen – ohne zugleich die Selbstverwaltung zu gefährden. Die Zusammenarbeit bei Standard-Unterstützungsleistungen ist geeignet, den Kommunen ihre (politische) Handlungsfähigkeit zurückzugeben.

Manchmal fehlt das Handwerkszeug

E-Government-Gesetze wie die von Bund und Ländern, aber auch EU-Vorgaben (etwa die Verbindlichkeit der elektronischen Rechnung ab 2018) sind ein Fortschritt, allerdings lösen sie nur einen Teil der Probleme. Denn den betroffenen (kommunalen) Verwaltungen steht nicht durchgehend auch das erforderliche Handwerkszeug zur Verfügung. Basisdienste sind ein sinnvolles Instrument; sie bedürfen aber neben dem rechtlichen Rahmen einer technisch-organisatorischen Umsetzung auch eines operativen Unterbaus.

Gleiches gilt für die Etablierung von Gremien zur Abstimmung der Kommunen und der Länder im Rahmen der öffentlichen IT (zum Beispiel der IT-Kooperationsrat aus § 21 EGovG NRW oder der IT-Planungsrat). Diese Gremien sind Ausdruck des die gesamte IT prägenden kooperativen Netzwerkgedankens. Häufig fehlen allerdings operative Strukturen, die helfen, Standards und gemeinsame Anforderungen zu definieren und umzusetzen, die Gesamtentwicklungen im jeweiligen Bundesland im Blick zu behalten oder gemeinsame Anwen-dungen gemeinsam zu beschaffen und zu betreiben.

Potenziale für eine kooperative Zusammenarbeit liegen dort, wo die Verwaltung medienbruchfrei und mit einem hohen Grad an automatischer Datenverarbeitung mit anderen kommuniziert. Briefe und Schriftstücke sollen digital eingehen, die enthaltenden Daten sofort weiterverarbeitet werden. Belege sollen maschinell gelesen werden und entscheidungsrelevante Daten automatisch in die Fachanwendungen übergehen. Der hoheitliche Teil von Verwaltungsprozessen bedarf einer Schärfung, damit die damit einhergehenden zahlreichen Tätigkeiten durch IT weiter optimiert werden können. Die Aufgabenerfüllung als Mittelpunkt des Verwaltungshandelns kann so mithilfe einer kompetenten, öffentlichen IT um die Aspekte Kundenorientierung (bezogen auf die Bürger, Wirtschaft oder andere Verwaltungen) und Effizienz bereichert werden.



E-Government-Lösungen können Behörden helfen, ihre Aufgaben besser und einfacher zu erledigen. Dafür werden allerdings Fachleute benötigt – hier lohnt sich oft eine Kooperation mit Privatunternehmen.

FOTO: CAN STOCK PHOTO INC. / DIEGO_CERVO

Weitere Informationen

www.partnerschaften-deutschland.de

Open Data in Krefeld

Die Stadt stellt seit Januar zahlreiche Datensätze zur allgemeinen Verfügung

Autor Manuel Kölker, Pressesprecher der Stadt Krefeld

Die Stadt Krefeld hat im vergangenen Jahr nicht nur ihr Web-Angebot auf den neuesten Stand gebracht, sondern beteiligt sich seitdem auch aktiv in den sozialen Medien wie Facebook, Twitter und YouTube. Nun folgt der nächste Schritt: Seit Mittwoch, 13. Januar, gibt sie im Rahmen von „Open Data" zahlreiche Datensätze in maschinenlesbarer Form frei, die dann zur allgemeinen Verfügung stehen.

FOTO: STADT KREFELD

Die neue Rechtslage kommt zur Anwendung

Damit folgt die Stadt einer Anforderung des E-Government-Gesetzes des Bundes, die bald auch in einem Landesgesetz in Nordrhein-Westfalen festgeschrieben wird. Die maschinenlesbaren Verwaltungsdaten werden in dem Portal www.offenesdatenportal.de öffentlich zur Verfügung gestellt. Es werden nur Daten freigegeben, die weder dem Datenschutzgesetz des Landes NRW noch dem Betriebsgeheimnis unterliegen.

Großes Datenpaket schon zum Start des neuen Portals

Das Portal wird vom Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein betrieben, dem die Stadt Krefeld angeschlossen ist. Im ersten Schritt werden folgende Daten angeboten: Familienkompass, Familienkarte, Familienkalender, Migrantenselbstorganisation, Integrationsangebote, Flüchtlingshilfe, Schulen, Kindertages- und Jugendeinrichtungen, Bildungspaket, Wohnungsangebote, Veranstaltungskalender, Interkultureller Kalender, sowie eine Liste von Hotels und Restaurants.

www.offenesdatenportal.de

Anzeige

gfo
Gesellschaft für Organisation e.V.
www.gfo-web.de

11. Process Solutions Day (PSD)

Zentrale Tagung für Business Process Management (BPM)
Transparenz im Markt für Business Process Management-Software
26. und 27. April 2016
Maternushaus, Kardinal-Frings-Str, 1-3, 50668 Köln

1.Tag: 26.04.2016:	**Anbieterforum mit BPM-Tool-Vergleichen**
Begrüßung und Eröffnung	Prof. Dr.-Ing. Hartmut F. Binner, gfo-Vorstandsvorsitzender

Lösungsanbieter im Vergleich. Folgende Tracks erwarten Sie:
- Prozessmodellierung
- BPM-Suiten/Human Workflow/SOA
- Prozessorientierte IT-Solution

Status gfo-BPM- Zertifizierungen (CBPP/CBPA), Verleihung des Process Solution Award

2.Tag: 27.04.2016:	**Anwenderforum mit BPM-Tool-Ausstellung**
Kick off:	Organisation 4.0 – Grundlage für die Prozessdigitalisierung

Vorträge und Erfahrungsberichte zu Chancen und Risiken bei der BPM-Implementierung in der Industrie, Gesundheitsmanagement, bei Energieversorgern, im Einzelhandel, Finanzvermittlung, Medizintechnik, Automobilindustrie, Anlagenbau, Ingenieur- und Architektenbüros, Projektmanagement

Anmeldung und Informationen unter www.psd2016.de

Vergaberechtsreform 2016

Ein Überblick über die wichtigsten Neuerungen

Autorin Katja Petry, Bundesanzeiger Verlag

Am 18. April 2016 soll die lang erwartete Reform des Vergaberechts in Kraft treten. Es wird nicht nur formal in Teilen neu strukturiert, sondern es gibt auch umfassende inhaltliche Änderungen. Sie reichen von der Wahl der Verfahrensarten über die Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Aspekte bis hin zur E-Vergabe.

Thomas Solbach vom Bundeswirtschaftsministerium erklärte im VergabeNavigator 2/2016: „Eine große Neuerung für die Vergabepraxis ist, dass Vergabeverfahren in Zukunft grundsätzlich elektronisch ablaufen. Ich sehe darin eine große Chance für schnellere und effizientere Vergabeverfahren. Ein Hochtechnologieland wie Deutschland darf bei der E-Vergabe nicht mehr nur im europäischen Mittelfeld stehen."

Was sich konkret ändert

Was wird sonst noch wichtig? Aktuell liegen zu den betroffenen Normen mindestens Entwurfsfassungen vor. Relevant sind vor allem die Artikel 9-11 in der Entwurfsfassung zur neuen Vergabeverordnung (VgV) – sie enthalten die folgenden Verpflichtungen und Rechte:

- Verwendung elektronischer Mittel durch öffentliche Auftraggeber für das Senden, Empfangen, Weiterleiten und Speichern von Daten in einem Vergabeverfahren
- Übermittlung von Bekanntmachungen mithilfe elektronischer Mittel an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
- Angabe einer elektronischen Adresse, unter der Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können
- Einreichung von Angeboten oder Teilnahmeanträgen in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel durch die Bieter oder Bewerber
- Prüfung entsprechender Sicherheitserfordernisse und gegebenenfalls das Verlangen einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur durch öffentliche Auftraggeber, die auch die Signaturen aus anderen Staaten annehmen müssen
- Auftraggeber können eine eindeutige Unternehmensbezeichnung sowie eine aktive elektronische Adresse verlangen (Registrierung). Auftragsbekanntmachung und Vergabeunterlagen müssen für Bieter jedoch ohne eine zwingende Registrierung zugänglich sein.

Die Regelungen beziehen sich zunächst ausschließlich auf Vergabeverfahren oberhalb der Schwellenwerte. Experten sind sich jedoch einig, dass eine Umstellung der Beschaffungsprozesse insgesamt sinnvoll ist, um die Vorteile wie Porto-Ersparnisse und kürzere Fristen im Verfahren vollständig nutzen zu können.

AUFTRÄGE

1142

Lieferverträge mit einem Wert von über 134.000 Euro wurden 2014 von öffentlichen Auftraggebern aus Deutschland EU-weit ausgeschrieben.

QUELLE: STATISTIKA.COM

Weitere Informationen

Über Online-Portale wie das Deutsche Vergabeportal DTVP können die gesamten Prozesse der elektronischen Vergabe bequem und sicher abgebildet werden.
www.dtvp.de
Die Zeitschrift VergabeFokus begleitet das Thema E-Vergabe mit einer ständigen Rubrik.
www.vergabe-fokus.de
Im Bundesanzeiger Verlag finden 2016 außerdem mehrere Thementage statt.
www.bundesanzeiger-verlag.de/vergabe

Die Fristen:	Vergabestellen	Zentrale Beschaffungsstellen*
Elektronische Übermittlung der Bekanntmachung	24 Monate nach Inkrafttreten der Reform	24 Monate nach Inkrafttreten der Reform
Elektronische Vergabeunterlagen	24 Monate nach Inkrafttreten der Reform	24 Monate nach Inkrafttreten der Reform
Bieterfragen, Angebotsannahme bis zur Bieterkommunikation	54 Monate nach Inkrafttreten der Reform	36 Monate nach Inkrafttreten der Reform

* meint nicht zentrale Einkaufsabteilungen, sondern Stellen, die sich um die Beschaffung für mehrere Kommunen kümmern etc.

Anzeige

Wo Behörden jetzt noch Mitarbeiter herbekommen

Viele Städte wachsen rasant und müssen schnell Personal aufbauen. Aber wie?

Autor Henning Witzel

Urbanisierung ist Trend. Immer mehr Menschen zieht es in die großen Städte. Die Megametropole Berlin bildet da keine Ausnahme. Jahrelang zielte die Landesverwaltung dort darauf ab, ihr Verwaltungspersonal aufgrund von Sparzwängen zu reduzieren. In manchen Verwaltungsbereichen war sogar eine Halbierung des Personals vorgesehen. Doch jetzt geht die neueste Bevölkerungprognose des Senats davon aus, dass die Bevölkerung Berlins bis 2030 um 7,5 Prozent wächst – und in diese Berechnung ist der Zuzug von Flüchtlingen noch nicht einmal eingerechnet.

Das Bevölkerungswachstum hat vor allem drei Gründe: die demografische Entwicklung, die Landflucht und den aktuellen Flüchtlingszugang. Alle Trends treffen gleichzeitig aufeinander und verstärken sich gegenseitig. Das erhöht sowohl die Dringlichkeit als auch die Geschwindigkeit, mit der neue Mitarbeiter rekrutiert werden müssen.

Kommunalverwaltungen aller Größenordnungen stehen vor enormen Herausforderungen. Denn die neuen Mitarbeiter sollen nicht nur fachlich gut ausgebildet sein, sich schnell in Teams integrieren und in neue Aufgaben einarbeiten. Zusätzlich sollen sie flexibel einsetzbar und möglichst auch noch kurzfristig verfügbar sein. Wie das alles organisiert werden kann, darüber sprachen wir mit Matthias Schuster, Sprecher der Geschäftsleitung eines großen Personaldienstleisters für den öffentlichen Dienst, Vivento Deutsche Telekom.

Herr Schuster, wie macht sich die Nachfrage der Kommunen bemerkbar und welche Qualifikationen werden gesucht?

Derzeit erhalten wir aus Kommunen nahezu täglich neue Anfragen und Unterstützungsgesuche. Gefragt sind vor allem Verwaltungsfachkräfte mit oder ohne IT-Kenntnisse, die den immensen Mehraufwand der Kommunen mit schultern können. Die Mitarbeiter werden in Ausländerbehörden und Sozialämtern oder in den Personalabteilungen selbst benötigt, denn auch dort entstehen etwa durch interne Umschichtungen personelle Lücken, die nachhaltig geschlossen werden müssen. Unser regionaler Vertrieb unterhält seit vielen Jahren enge Kontakte zu den Personalressorts der Kommunen. Dies korrespondiert mit dem Wunsch unserer Mitarbeiter nach wohnortnahen Jobs.

Hat die Telekom denn geeignetes Personal?

Ja, unbedingt. Telekom-Mitarbeiter sind ideal, wenn es um die Besetzung der aktuellen Bedarfe geht. Seit Jahren qualifiziert die Telekom ihre Mitarbeiter in zukunftsorientierten Berufsfeldern. Unsere Kollegen bringen den Qualifikationsmix mit, der heutzutage gefragt ist. Und sie sind flexibel einsetzbar, denn sie sind es nicht erst seit der Privatisierung des Unternehmens gewohnt, sich schnell und umfassend in neue Aufgabenfelder einzuarbeiten. Die vielen Stellenangebote, die uns angetragen werden, veröffentlichen wir umgehend in Interamt, unserem Stellenportal für den öffentlichen Dienst. Hierüber können sich alle Interessierten bewerben. Auch unsere eigenen Mitarbeiter, nutzen dieses Tool, wenn sie an einem Wechsel interessiert sind. Darüber hinaus informieren wir auch in unseren internen sozialen Netzwerken über Chancen und Perspektiven eines Wechsels zu Kommunen.

Nun kommt es darauf an, schnell zu besetzen. Wie gehen Sie vor?

Wir wissen, dass die Kommunen, ähnlich wie auch die Landes-und Bundesbehörden, lieber heute als morgen Mitarbeiter übernehmen möchten. Durch unsere bestehenden Geschäftsbeziehungen können wir sehr kurzfristig, manchmal innerhalb weniger Tage geeignete Mitarbeiter vorstellen. Unser Vertrieb organisiert dies professionell und pragmatisch. Zum Beispiel konnten wir auf diese Weise, dies sei am Rande vermerkt, auch in kürzester Zeit neue Mitarbeiter zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abordnen.

Matthias Schuster ist Sprecher der Geschäftsleitung von Vivento.

FOTO: VIVENTO

PERSONALBEDARF

4100

neue Stellen sollen in der Berliner Verwaltung bis Ende 2017 eingerichtet werden.

8000

Stellen werden mindestens zur Nachbesetzung frei.

QUELLE: RBB

HINTERGRUND

Die demografischen Prognosen führten jahrzehntelang dazu, dass die Verwaltungen frei werdende Stellen nicht mehr nachbesetzten. Spätestens mit der Erkenntnis, dass mittlerweile die geburtenstarken Jahrgänge kurz vor dem Ausscheiden aus dem Berufsleben stehen, hat ein Umdenken begonnen. Nachwuchs- und Fachkräfte werden händeringend gesucht, um die Lücken wieder aufzufüllen.

Während die Personaldecke in den Verwaltungen über Jahre geschrumpft ist, wächst die Bevölkerung in den Städten. Die frühere Stadtflucht ist seit geraumer Zeit einer Landflucht gewichen. Immer mehr Bevölkerungsgruppen zieht es in die Stadt: Nicht nur ältere Menschen, die die gute medizinische Infrastruktur schätzen, sondern auch Jüngere und Familien, die das Leben in der Stadt dem Pendeln zwischen Wohnort und Job oder der Kinderbetreuung daheim mittlerweile vorziehen.

Der Flüchtlingszuzug verstärkt das Bevölkerungswachstum noch. Nahezu über Nacht ist in manchen Städten die Einwohnerzahl drastisch nach oben geschnellt. Hierdurch wächst der Personalbedarf bundesweit in einem bisher nicht bezifferbaren Ausmaß, etwa in den Ausländer- und Sozialbehörden der Kommunen. *HW*

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 03-04/2016

Unkoordiniert und fast ohne IT

Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Berlin kaum genutzt

Autorin Hannah Siegfried, VITAKO

Traglufthalle in Berlin: Vieles funktioniert hier unnötig umständlich.

Berlin-Wedding, Kruppstraße 16. Hier stehen, etwas versteckt, zwei Traglufthallen im Schnee, weit und breit ist niemand zu sehen. Die Traglufthallen werden seit November 2014 vom Verein der Berliner Stadtmission betrieben. Sie dienen als Unterkunft für derzeit 297 Flüchtlinge, die hier auf 2500 Quadratmetern leben. Eingerichtet sind Kabinen mit sechs Betten, Tisch, Stühlen und Schrank sowie Sanitäranlagen, Aufenthaltsgelegenheiten für Erwachsene und Spielbereiche für Kinder.

„Wer in Berlin einen Antrag auf Asyl stellen möchte, muss zum LaGeSo gehen", erklärt der Leiter der Notunterkunft Mathias Hamann. Viele seiner Bewohner sind schon seit Monaten da, denn wegen des hohen Antragsrückstaus im LaGeSo bleiben die Menschen nicht nur für drei Tage, wie eigentlich vorgesehen.

Umständliche IT-Lösungen

Unterstützung bei Behördengängen können die Mitarbeiter in der Kruppstraße nicht leisten. Es gibt nur zwei Sozialarbeiter. Allerdings werden Arztbesuche und die dafür benötigten Dolmetscher koordiniert und es wird organisiert, dass Kinder die Schule besuchen können und Schulmaterial erhalten. „Als wir anfingen, hatten wir ein Formular, das wir selbst kopieren mussten, um dann handschriftlich die Belegungszahlen einzutragen und zu faxen", sagt Mathias Hamann. „Später bekamen wir ein Dokument, das wir am Computer ausfüllen konnten, ausgedruckt und dann gefaxt haben. Irgendwann gab es dann eine Excel-Liste, in der wir die Daten eintragen und mailen konnten. Jetzt sind wir so weit, dass wir eine Web-Anwendung benutzen. Daran merkt man schon, dass einzelne IT-Lösungen, die für den Normalsterblichen oft relativ einfach funktionieren, hier in diesem Bereich ziemlich umständlich sind. Das ist schade, weil alle darunter leiden. Niemand möchte das so umständlich haben, aber es hakt an allen Ecken und Enden."

> **„Als wir anfingen, hatten wir ein Formular, das wir selbst kopieren mussten, um dann handschriftlich die Belegungszahlen einzutragen.**
>
> Mathias Hamann, Leiter einer Notunterkunft in Berlin-Wedding

Zu wenig Personal

Hamann beschreibt ein Problem im Bereich der Digitalisierung, das auch beim LaGeSo bekannt ist: Es gibt zu wenig kundiges Personal. Im Januar berichtete der Berliner Tagesspiegel über Akten, die sich in gelben Postkisten bis unter die Decke stapeln. Eine korrekte digitale Archivierung findet nur unzureichend statt, denn es fehlt an Mitarbeitern mit IT-Kenntnissen. Der Senat hat Besserung gelobt und will ehemalige Postbeamte am Lageso einsetzen, da einige von ihnen früher bei der Telekom beschäftigt waren und IT-Kenntnisse vorweisen. Die Personalratsvorsitzende des LaGeSo Astrid Weigert sagt: „Wir hoppeln immer hinterher. Es ist mehr Personal gekommen, aber angesichts der immer weiter steigenden Zahlen von Flüchtlingen hat es nie gereicht."

Eine große Erleichterung könnte das kürzlich vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Datenaustauschverbesserungsgesetz sein. Daten über einen Flüchtling sollen viel früher aufgenommen und in einem zentralen Kerndatensystem gespeichert werden. Laut Bundesinnenministerium sollen ab spätestens Mitte 2016 neben den Sicherheitsbehörden insbesondere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Aufnahmeeinrichtungen, die Ausländerbehörden, die Asylbewerberleistungsbehörden, die Bundesagentur für Arbeit, die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zuständigen Stellen sowie die Meldebehörden zum Abruf, aber auch zur Aktualisierung von Daten berechtigt sein. Zusätzlich soll jeder Asylbewerber einen Ankunftsnachweis erhalten, um Leistungen beantragen und überhaupt einen Asylantrag stellen zu können. Auf das Gesetz angesprochen, reagiert Mathias Hamann mit Skepsis: „Manche befürchten, dass daraus eine Datensammelwut entsteht und Informationen über Asylbewerber nicht richtig geschützt beziehungsweise diese vorzeitig kriminalisiert werden."

WLAN reicht nicht

Neben den Problemen bei der Registrierung und Organisation haben die Flüchtlinge in der Kruppstraße noch ein ganz anderes Problem mit IT. An einem Container im Eingangsbereich der Traglufthalle hängt an einem Brett befestigt ein Router. Die Betreiber von Unterkünften sind dazu angehalten, WLAN zur Verfügung zu stellen. Für Asylbewerber ist das häufig die einzige Möglichkeit, Kontakt zu Freunden und der Familie in ihren Heimatländern zu halten. „Aber dazu brauchen wir dickere DSL-Leitungen. Das muss auch in der Planung berücksichtigt werden. Momentan haben wir 8–16.000 Mbit, mehr kann die Telekom nicht bereitstellen. Für fast 300 Personen reicht das allerdings nicht aus", klagt Mathias Hamann. Es gilt also noch viele Hindernisse zu überwinden und dazu müssen viele Personen, Institutionen und Firmen besser kooperieren. Erste Schritte zur Verbesserung der Lage sind gemacht. Für Mathias Hamann, sein Team und die Bewohner bleibt zu hoffen, dass diese auch dazu beitragen, die Situation zu entspannen. Das Jahr 2016 wird also spannend.

FOTO: BERLINER STADTMISSION

Der Text ist die gekürzte Version eines Beitrags aus VITAKO INTERN Nr. 1 | 2016
www.vitako.de/Publikationen/Documents/Vitako_intern_1-2016_final.pdf

IMPRESSUM

Network Media GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@nwmd.de

Projektleitung: Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Carl-Friedrich Hoeck

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf)

Layout: Heidemarie Lehmann

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Amtshilfe für Bürgermeister

Ein Handbuch für den Wahlkampf und die Tage danach

Was muss ein Kandidat oder eine Kandidatin für ein Bürgermeisteramt wissen? Eine ganze Menge. Etwa: Wie gestalte ich den Wahlkampf erfolgreich? Welche rechtlichen Grundsätze sind dabei zu beachten? Und was wird von einem Bürgermeister überhaupt erwartet?
So zahlreich wie die Fragen sind auch die möglichen Antworten. Und diese werden mit dem Sammelband „Karrierechance Bürgermeister", 2010 erstmalig erschienen, gut abgebildet. Denn er lässt zahlreiche Experten aus Wissenschaft und Praxis zu Wort kommen. Der nun veröffentlichten Neuauflage wurden drei Texte hinzugefügt, die sich mit der Zeit nach einem erfolgreichen Wahlkampf befassen: den ersten Wochen im neuen Amt. Hilfreich sind besonders die Tipps, die die Sulzfelder Bürgermeisterin Sarina Pfründer den Amtsneulingen an die Hand gibt, etwa: Eine ordentliche Übergabe einfordern! Einen Maßnahmenplan richtig gliedern und mit realistischen Zeitvorgaben versehen! Das ständige Gespräch mit Bürgern, Unternehmern und anderen Akteuren suchen! Weniger erkenntnisreich ist ein Aufsatz über Bürgermeister in NRW, dem eine klare Linie fehlt. Ein weiterer, lehrbuchartiger Text befasst sich mit Funktionen und Aufgaben der Bürgermeister in Baden-Württemberg. *CFH*

Paul Witt (Hrsg.):
Karrierechance Bürgermeister. Leitfaden für die erfolgreiche Kandidatur und Amtsführung. 2. Auflage.
Boorberg Verlag, 2016, 296 Seiten, 36,80 Euro, ISBN 978-3-415-05415-8

Spielend kennenlernen

Lern-Material für Ehrenamtliche und Flüchtlinge

Ohne ehrenamtliche Helfer würde die Integration der Flüchtlinge in kaum einer Kommune gelingen. Der Ordner „Mein Deutschland" unterstützt nun Freiwillige, die eine Mentoren-Rolle für einen Geflüchteten übernehmen wollen. Er gibt ihnen einen Leitfaden für die ersten gemeinsamen Treffen an die Hand. Enthalten sind ein Begleitheft, 84 Einlage- und 12 Stickerblätter. Sie sind nach Themen geordnet wie „Deutschland", „Zuhause" oder „Essen". Eine wertvolle Hilfe leistet der Ordner vor allem dann, wenn beide keine gemeinsame Sprache sprechen. Denn zahlreiche Bilder und Symbole erleichtern die Verständigung. Der Austausch soll spielerisch gelingen: indem die Tandem-Partner in Landkarten zeichnen, Collagen basteln oder neue Würfelspiele ausprobieren. Praktische Übungen erleichtern das Erlernen der Wörter, des Alphabets und arabischer Zahlen. Entworfen wurde der Ordner ursprünglich als Bachelor-Arbeit im Fach „Visuelle Kommunikation". Sie war so überzeugend, dass der Langenscheid-Verlag sie in sein Programm übernommen hat. Dort wird übrigens auch für knapp fünf Euro ein Lern-Buch angeboten: „Wie heißt das? Die 1000 ersten deutschen Wörter". Es richtet sich ebenfalls an Asylbewerber und visualisiert deutsche Vokabeln wie „Erstaufnahme" oder „Mehrfachstecker" mit Zeichnungen. *CFH*

Amelie Kim Weinert
Mein Deutschland. Ein Ordner für Flüchtlinge und Ehrenamtliche.
Langenscheidt Verlag, 2016, 19,99 Euro
ISBN 978-3-468-49090-3

Termine

Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune"
01.01.2016 – 31.03.2016, bundesweit
www.klimaschutz.de/wettbewerb2016

Tag der Kommunalwirtschaft
15.03.2016 – 16.03.2016, Dortmund
www.tagderkommunalwirtschaft.de

Frühjahrstagung Demenz
15.03.2016 – 16.03.2016, Saarlouis
www.demenz-saarlouis.de

VKU-Infotag: Umsetzung der IT-Sicherheitsanforderungen im EVU
15.03.2016, Nürnberg
www.vku.de/veranstaltungen/

Erster Zukunftskongress Migration & Integration
16.03.2016, Berlin
www.wegweiser.de/de/zukunftskongress-migration-integration

Kommunalkonferenz des Bundesbauministeriums (BMUB) „Zuwanderung und integrierende Stadtgesellschaft – Was folgt nach der Erstunterbringung?"
17.03.2016, Berlin
www.bmub.bund.de/service/veranstaltungen/

KommunalAkademie – Turbo-Workshop: Flüchtlingspolitik
23.03.2016, Schwäbisch Hall
www.fes-kommunalakademie.de

33. Forum Kommunikation und Netze
06.04.2016 – 07.04.2016,
Rotenburg an der Fulda
www.städtetag.de/veranstaltungen/

VKU-Infotag: Umsetzung der IT-Sicherheitsanforderungen im EVU
11.04.2016, Hannover
www.vku.de/veranstaltungen/

28. Kasseler Abfall- und Bioenergieforum
11.04.2016 – 13.04.2016, Kassel
www.witzenhausen-institut.de

Tagung „Kulturtourismus neu denken"
13.04.2016, München
www.kulturgipfel.de/kulturtourismus-neu-denken/

Themenseminar „Energiekonzepte für konservatorische Gebäude"
14.04.2016, Nürnberg
www.difu.de/veranstaltungen/

KommunalAkademie – Turbo-Workshop: Flüchtlingspolitik
21.04.2016, Biberach
www.fes-kommunalakademie.de

Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
22.04.2016 – 23.04.2016, Potsdam
www.bundes-sgk.de

21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement
25.04.2016 – 26.04.2016, Kiel
www.difu.de/veranstaltungen/

Wohnen und Arbeit: Wege zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung und individuellen Teilhabe (14. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft)
28.04.2016 – 29.04.2016, Allensbach/Hegne
www.landkreistag.de/termine-25

Berliner Konzessionsrechtstage 2016
28.04.2016 – 29.04.2016, Berlin
www.konzessionsrechtstage.de

Difu-Fortbildung Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis
13.05.2016, Berlin
www.difu.de/veranstaltungen/difu-fortbildung

8. Göttinger Tagung zu aktuellen Fragen zur Entwicklung der Energieversorgungsnetze: „Systemdienstleistungen für das Stromnetz bis 2030 – die Rolle von Kleinanlagen und Erneuerbare Energien-Anlagen"
18.05.2016 – 19.5.2016, Göttingen
www.efzn.de/veranstaltungen/

Seminar „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen"
20.05.2016 – 21.05.2016, Springe
www.bundes-sgk.de

Tag der Städtebauförderung
21.05.2016, deutschlandweit
www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL): Halbjahrestagung 2016
03.06.2016, Kassel
www.srl.de

Zweiter Deutscher Kommunalradkongress 2016
15.06.2016, Bingen
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

KommunalAkademie – Turbo-Workshop: Flüchtlingspolitik
22.06.2016, Villingen-Schwenningen
www.fes-kommunalakademie.de

Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen"
01.07.2016 – 02.07.2016, Springe
www.bundes-sgk.de

KommunalAkademie: Sommer Akademie – Flüchtlingsarbeit in den Kommunen
01.07.2016, Herrenberg
www.fes-kommunalakademie.de

KommunalAkademie – Turbo-Workshop: Flüchtlingspolitik
07.07.2016, Pforzheim
www.fes-kommunalakademie.de

Fachtagung „Digitale Transformation – Herausforderungen, Chancen, Methoden, Kompetenzen und Technologien für die Verwaltung"
21.09.2016 – 23.09.2016, Dresden
www.ftvi.de/ftvi-ftri-2016

Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus"
14.10.2016 – 15.10.2016, Springe
www.bundes-sgk.de

DEMO-Kommunalkongress 2016
03.11.2016 – 04.11.2016, Berlin
www.demo-kommunalkongress.de

Die Panik vor dem Geldsegen

Die Kommune Lützen kämpft darum, eine Millionen-Steuernachzahlung nicht zu bekommen

Autorin Karin Billanitsch

Was ließe sich nicht alles Schönes mit 130 Millionen Euro anstellen? Die Stadtoberen von Lützen dürften sich schon die Hände gerieben haben, als die zuständige Finanzverwaltung einer vor Ort ansässigen Firma einen saftigen Bescheid über die Nachzahlung von Gewerbesteuern über mehrere Jahre geschickt hat. Doch das Unternehmen, eine Tochterfirma der Deutschen Bank, hat angekündigt, rechtlich gegen den Steuerbescheid vorgehen zu wollen. Und damit die Kommune aus Sachsen-Anhalt das Fürchten gelehrt.

Aus Angst vor dem Geldsegen hat die Lützener Stadtverwaltung fieberhaft überlegt, wie sie verhindern kann, dass das Geld im Stadtsäckel landet. Denn die Krux der Geschichte ist folgende: Sollte die Deutsche-Bank-Tochter mit ihren Einwänden vor Gericht recht behalten, müßte Lützen den Batzen Steuergeld wieder zurückzahlen. Und Geld ist flüchtig, das weiß auch der Volkmund: Was, wenn es sich bis dahin schon aufgelöst hat und in Straßen, Schulen oder Schwimmbäder geflossen ist?

Und nicht nur das: Auch mögliche Zinsen hätte die Stadt zu zahlen und dafür Rückstellungen zu bilden. Rund acht Millionen würden jedes Jahr auflaufen, hat die Kommune errechnet. Geld, das sie nach eigenen Angaben nicht aufbringen kann. Mangelt es an rentablen Anlagemöglichkeiten? Ob da nicht auch die Konzernmutter in Frankfurt (Main), die Deutsche Bank, ein paar Tipps auf Lager hat? Teuer käme die Stadt auch die Gewerbesteuerumlage, die sie zusätzlich abführen müßte, wenn die Deutsche Bank die Steuerschulden überweist. Die Umlage wäre dann komplett futsch. Zuletzt wurde bekannt, dass es vielleicht sogar um noch mehr Millionen aus einer weiteren Forderung geht.

Für die 130 Millionen zeichnet sich eine Lösung ab: Das Geld wird womöglich auf einem Treuhandkonto geparkt. So wird die Schuld zwar beglichen, aber die Stadt darf nicht an das Geld ran, bis feststeht, wem es gehört. Auf Zinsen soll dem Vernehmen nach verzichtet werden. Fürs Erste scheint eine salomonische Lösung gefunden. Andernfalls hätte man das Geld auch vorübergehend einer anderen Stadt ausleihen können, die reich genug gewesen wäre, es später samt Zinsen wieder zurückzuzahlen.

Der eigentliche Grund des existenzbedrohenden Geldsegens ist ja, dass Lützen den niedrigsten Gewerbesteuersatz erhebt, der in Deutschland möglich ist. Vielleicht sorgt der Wirbel dafür, dass sich noch mehr Firmen in der Stadt niederlassen? Das könnte womöglich den Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt ins Wanken bringen. Kleine Steueroase mit großen Folgen.

DEMO 05/06 2016
erscheint am 13. Mai 2016

mit folgenden Themen:

Im Fokus stehen die **kommunalen Finanzen**. Viele Städte, Kreise und Gemeinden sind verschuldet. Sie können ihre Aufgaben kaum erfüllen ohne finanzielle Unterstützung des Bundes und Mitwirkung der Länder. Viele erhöhen die Steuern. Im Report geht es um die Themen **Smart City und kommunale Infrastruktur.**

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat:H eidemarieL ehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführer: Karin Nink, Dr. Hans-Gerd Conrad

Anzeigen/Vertrieb: Network Media GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Nicole Stelzner (Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf), Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 33 vom 1. Januar 2016

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Litho (Titel): metagate Berlin, Litfaß-Platz 1, 10178 Berlin, Telefon: (030) 283 06-0

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

Dieses Heft enthält eine Beilage der Bundesanzeiger Verlag GmbH.

FOTOS: THOMAS IMO/PHOTOTHEK.NET

WIR IN DEN KOMMUNEN

11. DEMO-Kommunalkongress Berlin | 3.–4. November 2016

KOSMOS | Karl-Marx-Allee 131a | 10243 Berlin

Jetzt anmelden!

WORKSHOPS:

ZUKUNFTSRAUM KOMMUNE

- Verwaltungsmodernisierung – Agenda für die zukunftsweisende Kommune
- Kommunalwirtschaft – Ressourcen und Versorgung in kommunaler Hand
- Kooperationen und Netzwerke – Erfolgsgaranten für die Kommune

LÄNDLICHE RÄUME

- Breitbandausbau – Standortfaktor für den ländlichen Raum
- Abwanderung stoppen – Gemeinden und Regionen stärken
- Intelligente Infrastruktur – Motor für Wirtschaft und Gesellschaft

URBANE RÄUME

- Wohnraum schaffen – Optionen und Strategien für Politik und Verwaltung
- Stadtentwicklung – Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern
- Wachsende Städte – Wachsende Infrastrukturbedarfe

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

wegweiser-kommune.de

Kommunale Chancen
erkennen und nutzen!

Das Internetportal **www.wegweiser-kommune.de** gibt Kommunen ab 5.000 Einwohnern kompetente Unterstützung bei vielen Zukunftsaufgaben.

Mit vielfältigen Infos:

- Daten und Bevölkerungsprognosen
- Konkrete Handlungskonzepte
- Karten und Grafiken
- Gute Praxisbeispiele

BertelsmannStiftung